Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Zu Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 20 Pfg.

Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 25 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags. Postscheckkonto: Leipzig 39070. :—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 52 — Dienstag, den 2. März 1920 — 46. Jahrg.

Fehler des neuen Regimes?

In der Erörterung über den Fall Erzberger bemühen sich die Rechtsparteien mit großem Nachdruck, die von Anfang an in den Vordergrund gerückte Auffassung zu möglichst weitgehender Geltung zu bringen, daß solche Dinge, wie sie hier nach allgemeiner Auffassung zu Tage getreten seien, unter dem alten System einfach nicht möglich gewesen wären. Man versucht mit allen Mitteln, das neue Regime in den Augen der breiten Massen herabzusetzen, und scheut dabei die Gefahr nicht, daß man derartigen Kritikern des neuen Deutschland entgegenhält, wie falsch und unberechtigt eine solche einseitige Darstellung tatsächlich ist. Man braucht nur wenige Blätter jüngster Geschichte zurückzugehen, um in Hülle und Fülle auf Beweise deutlichster Art dafür zu stoßen, daß die weitaus größte Mehrzahl der Anklagen, die man gegen die jetzige Regierung und das gegenwärtige System richtet, auf Handlungen und Verhältnisse zurückgeht, die unter der früheren Regierung begangen und geschaffen wurden. Im Vordergrunde der öffentlichen Erörterung erscheint immer und immer wieder die Valutanot, aber nur wenige überlegen, daß diese Nöte nicht von der Republik geschaffen wurden, sondern der Erbschaft zu verdanken sind, die das neue System vom alten übernehmen mußte.

Erst vor wenigen Tagen hat einer der Führer des Reichsverbandes der deutschen Industrie festgestellt, daß die außerordentliche Vermehrung unserer Valutaschulden die Folge der Kurzsichtigkeit der alten Regierung ist, die während des Krieges die deutsche Industrie dazu zwang, alle durch das Ausland bezieh baren Rohstoffe nur teilweise in bar zu bezahlen, während die restlichen Beträge unter Garantie der Banken erst nach dem Friedensschluß begliche n werden sollten. Heute steht die gegenwärtige Regierung allein aus diesem Grunde vor der ungeheuren Aufgabe, die so entstandenen gewaltigen Verpflichtungen einzulösen.

In der deutsch-nationalen Presse ist man außer sich vor Begeisterung darüber, daß wir gegenwärtig unter immer stärker werdenden Zusammenbruchserscheinungen leiden, aber man hütet sich wohl, zuzugeben, daß die Ursache dieser Erscheinungen ohne jede Ausnahme weit in die Vergangenheit zurückreichen. In derselben Presse agitiert man mit der Forderung, die jetzige Regierung durch eine andere zu ersetzen, aber man unterschlägt die Tatsache, daß eine Regierung der Rechten die Massen nicht nur nicht hinter sich, sondern in offener Feindschaft gegen sich haben würde. Wenn man auf der anderen Seite, im Lager der äußersten Linken, wiederum für eine radikal-orientierte Regierung eintritt, dann stellt man sich in schärfsten Gegensatz zu der „Freiheit", die soeben offen zugegeben hat, daß die revolutionäre Arbeiterschaft zur Zeit gar nicht die technische Möglichkeit hat, eine Regierung nach ihrem Sinne aufzubauen.

So oder so ergibt sich demnach, daß tatsächlich eine andere Regierung, als die auf Grund der Koalition der drei Mittelparteien gebildete, absolut unmöglich ist, und daraus wieder geht hervor, daß es Pflicht und Aufgabe aller wirklich Staatsgesinnten ist, allen kleinlichen Parteiestreit zurückzustellen und den großen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, die allein die Möglichkeit schaffen könnte, den endgültigen Zusammenbruch zu vermeiden, und Deutschland trotz allem in zwölfter Stunde noch einen Ausweg aus der allerdings beinahe schon aussichtslos erscheinenden gegenwärtigen Situation zu geben.

Nach dem Frieden.

Zustimmung der Alliierten zu dem „Probeverfahren" vor dem Reichsgericht.

Paris, 29. Febr. Das Reuterbüro meldet: Die Alliierten haben zugestimmt, daß einem deutschen Gerichtshof gestattet werde, eine Anzahl ausgewählter „Beschuldigter" als Probefälle abzuurteilen. Es wurde beschlossen, Deutschland eine Liste von 46 Namen zu übermitteln. Wenn die Probeverfahren in gehöriger Weise durchgeführt werden, so wird die Liste der 900 Namen von Beschuldigten möglicherweise drastisch vermindert werden.

Paris, 29. Febr. Die Botschafterkonferenz beschloß, den deutschen Schiffen das Anlaufen der türkischen Häfen zu untersagen. Sie ernannte ferner den Präsidenten der Kommission, die das deutsche rollende Material zu verteilen hat. Schließlich wurde der 1. März als Tag des Amtsantritts der internationalen Donaukommission bestimmt. Der Rat des Völkerbundes wird am 12. März zusammentreten, um die nach Rußland zu entsendende Untersuchungskommission zu bestimmen.

Aufforderung zur Meldung bei dem Oberreichsanwalt.

Leipzig, 1. März. Der Oberreichsanwalt in Leipzig ersucht durch Bekanntmachung auf Grund des Reichsgesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1919 alle diejenigen Herren, denen bekannt ist, daß ihre Namen auf der Auslieferungsliste stehen, ihm umgehend Aufenthaltsort und Wohnung anzuzeigen.

Die deutsche Antwort zur Note Lloyd Georges.

Berlin, 28. Febr. Nachdem der Ausschuß für Auswärtiges die Stellungnahme der Regierung in der Auslieferungsfrage und der Aburteilung der Deutschen durch das Reichsgericht gebilligt hat, wird die deutsche Antwort nunmehr in der kommenden Woche nach Paris gesandt werden. Soweit zuverlässige Informationen vorliegen, wird diese Antwort einige wesentliche Vorbehalte zur Note Lloyd Georges geltend machen.

Entwaffnung Deutschlands — Sicherung Frankreichs.

Paris, 29. Febr. Präsident Deschanel hat durch die „Morning Post" eine Botschaft an das englische Volk gerichtet, in der es heißt: Die unlösbare Vereinigung Frankreichs und Englands wird die Unabhängigkeit jedes europäischen Landes und die Ruhe der Welt in einem ewigen Frieden sichern. Frankreich und England sind zusammen befähigt, die logische Folge aus dem Kriege zu ziehen, d. h. die Entwaffnung Deutschlands, die Aufrichtung eines mit den nötigen Hilfsmaßnahmen versehenen Völkerbundes und die Sicherung Frankreichs, dessen Interesse und Traditionen überall respektiert werden müssen.

Neueste Nachrichten.

Die traurige Ernährung in Deutschland.

London, 1. März. (T.-U.) Die am Sonnabend stattgefundenen Beratungen des Obersten Rates haben ein überaus trauriges Bild von der Ernährungslage in Deutschland gegeben. Die angestellten Ermittelungen ergaben, daß Deutschland weniger als die Hälfte der Menge Ernährungskalorien erhält, die von dem Obersten Wirtschaftsrat als unerläßlich für die menschliche Ernährung bezeichnet worden sind. Die Stellen des Obersten Rates, die über die Preissteigerung und Wechselkurse beraten, stellten fest, daß die Engrospreise in Frankreich um 300 Prozent, in Italien um über 300, in Großbritannien um 170, in Japan um 160 und in Amerika um 360 Prozent gestiegen sind.

Rücktritt des Finanzministers Südekum.

Berlin, 1. März. (T.-U.) Wie die „N. B. Ztg." von unterrichteter Stelle erfährt, kann der Rücktritt des preußischen Finanzministers Südekum als gesichert gelten. Für den Rücktritt spricht der Umstand, daß nach Angaben des Reichsvertreters des ehemaligen Königs und Kaiser die Vorlage über die Abfindung der Hohenzollern vom Finanzministerium ausgearbeitet, vom Staatsministerium angenommen und auch von der Krone anerkannt worden ist. Die Krone hat in keinem einzigen Punkte des Vergleichsvorschlags Widerstand geleistet, sondern alles unterschrieben, was man ihr vorgeschlagen hat.

Demonstrationen in Straßburg und Mülhausen.

Straßburg, 1. März. (T.-U.) Anläßlich der Tagung der französischen Sozialisten in Straßburg haben in Straßburg und Mülhausen Kundgebungen der Arbeiterschaft für die sozialistische Internationale und gegen das französische Regime und die Militärherrschaft stattgefunden. Aus ausdrücklichen Befehl des Generalkommissariats bewahrten die Truppen Zurückhaltung, doch ist das Militär alarmbereit für den Fall weiterer Demonstrationen.

Urteil im Massenkrawallprozeß in Landsberg.

Landsberg, 1. März. (T.-U.) Nach viertägiger Dauer ging am Sonnabend der große Massenkrawallprozeß vor dem hiesigen Landgericht zu Ende. Der Prozeß beschäftigte sich mit den Bürwelder Unruhen am 1. Juli vorigen Jahres. Angeklagt waren 52 Personen. Das Gericht verurteilte 15 Angeklagte zu 1 Monat bis 1 Jahr drei Monaten Zuchthaus wegen schweren Landfriedensbruch, 5 Angeklagte wegen einfachen Landfriedensbruch zu 4 bis 6 Monaten Gefängnis, 11 Personen wegen Diebstahls zu 2 Tagen bis 2 Wochen Gefängnis, 6 Personen wegen Hehlerei zu 3 Tagen bis 2 Monaten Gefängnis, 1 Angeklagten wegen Unterschlagung zu 7 Monaten Gefängnis, sieben Personen wurden freigesprochen.

Die Streiklage in Frankreich.

Paris, 1. März. (Priv.-Telegr.) Die Zahl der Streikenden ist auf verschiedenen Eisenbahnlinien zurückgegangen. Zwischenfälle hat es während des Sonntags nicht gegeben. Verschiedene Nachrichten aus dem Lande lassen erkennen, daß der Aufforderung zum Generalstreik sehr wenig nachgekommen wird. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist an einzelnen Orten sehr stark. So erklärten die Glasarbeiter von Brest, an dem Generalstreik nicht teilzunehmen. Die Arsenalarbeiter lehnen jede Solidarität mit den Eisenbahnern ab. Auf der Ostbahn ist die Arbeiterschaft ruhig. In Nantes hat der größte Teil der Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Auch in Montauban hat sich der Streik weiter ausgedehnt.

„Kulturtaten" der Belgier.

Frankfurt a. M., (T.-U.) Das Sommerhaus des kürzlich verstorbenen Malers Prof. Klaus Meyer in Calcar am Niederrhein war bisher durch Truppen eines belgischen Kommandos besetzt, die jetzt von dort nach Cleve versetzt worden sind. Die Untersuchung des Hauses hat gezeigt, daß die Kunstschätze entweder mitgenommen oder in ekelhafter Weise beschmutzt worden sind. Der Schaden wird auf mindestens 200 000 M geschätzt.

Unruhen in Italien.

Lugano, 1. März. (T.-U.) In Italien haben in verschiedenen Städten die Arbeiter die Fabriken besetzt und in eigene Verwaltung genommen. Unter den Landarbeitern macht sich eine ähnliche Bewegung geltend.

Ausstand englischer Stahlarbeiter.

London, 1. März. (Priv.-Telegr.) Die Stahlarbeiter in Südwales haben am Sonnabend beschlossen, in den Ausstand zu treten, um eine 40 prozentige Lohnerhöhung zu erzwingen. Von dem Streik werden 16 000 Arbeiter berührt.

Auflösung des japanischen Parlaments.

Tokio, 1. März. (Priv.-Telegr.) Die Debatte über das allgemeine Stimmrecht, die die Kammer am 14. Februar unterbrochen hatte, wurde unter lebhafter Bewegung wieder aufgenommen. In der Nähe des Parlaments fanden große Kundgebungen des Volks statt. Die Debatte wurde schließlich durch den Ministerpräsidenten abgebrochen, der erklärte, in dieser wichtigen Frage das Volk unmittelbar befragen zu müssen. Die Kammer wurde hierauf aufgelöst.

Neue deutsche Protestnote gegen das berüchtigte „Loch im Westen".

Berlin, 29. Febr. Wegen des Loches im Westen ist nunmehr eine erneute deutsche Protestnote durch die deutsche Friedensdelegation an die Gesamtheit der alliierten und assoziierten Regierungen dringlich gerichtet worden. Darin wird auf die Tatsache hingewiesen, daß infolge des unbeaufsichtigten Warenverkehrs über die weitliche Grenze Deutschlands unnötige Waren in großen Mengen gegen Zahlung in Mark in Deutschland eingeführt werden, während die unerträglichen Verhältnisse Deutschlands an Lebensmitteln und Kleidung mangels Devisen nicht gedeckt werden können. Durch die damit verbundene Zerrüttung unserer Valuta wird nicht allein Deutschland, sondern es werden beträchtlich auch die Länder geschädigt, denen Deutschland Leistungen aus dem Friedensvertrage schuldet. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands wird mit dem Sinken der deutschen Währung und mit der Unmöglichkeit, durch eine genügende Ernährung und Bekleidung die Arbeitskräfte der Bevölkerung zu heben, immer geringer. Solche Güter, deren Deutschland dringend bedarf, werden ausgeführt und dagegen zum großen Teil entbehrliche Waren eingeführt, wobei die deutsche Regierung verhindert wird, dagegen einzuschreiten. Bei dem Besuch der Reichsregierung im westlichen Industriegebiet wiederholten sich die Vorgänge immer wieder aufs neue, daß es wegen des Sinkens der deutschen Währung nicht gelingt, Lebensmittel und Bekleidung zu erträglichen Preisen ins Land zu bringen, um die Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung zu steigern. Die Note läßt es dahingestellt sein, ob die Aufhebung der betreffenden deutschen Vorschriften berechtigt war. Jedenfalls findet sich auch im Friedensvertrag keine Bestimmung, die die Aufrechterhaltung dieser folgenschweren Zustände rechtfertigen würde. Die deutsche Regierung erklärt sich wiederholt gern bereit, den wirtschaftlichen Bedürfnissen Frankreichs und Belgiens gerecht zu werden.

Französische Kohlenansprüche.

Berlin 28. Febr. Die Franzosen werden in den Verhandlungen über die Kohlenlieferungen in den nächsten Tagen das Recht für sich in Anspruch nehmen, die nach Maßgabe des Friedensvertrages zu liefernden Kohlenmengen nicht mehr an der Landesgrenze, sondern unmittelbar an den Gruben abholen zu dürfen. Ferner erheben sie dem „Sol.-Anz." zufolge den Anspruch, daß alle auf die Halden gestürzten Kohlen ihnen gehören.

Die deutschen Industriellen gegen die Schiffsauslieferung.

Berlin, 29. Febr. In der Hauptvorstandssitzung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wurde einmütig eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

Die Auslieferung auch der letzten Schiffe deutscher Flagge muß für unser Volk lebendes Wirtschaftsleben den Todesstoß und für unser Volk das Hereinbrechen der drohenden Hungersnot bedeuten. Der „Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" richtet daher an die Reichsregierung und die Deutsche Nationalversammlung die dringende Bitte, mit äußerstem Nachdruck bei den Verhandlungen darauf hinzuwirken, daß der Rest unserer Handelsflotte als unerläßliches Mittel für die Erfüllung der drückenden finanziellen und wirtschaftlichen Friedensbedingungen uns erhalten bleibt.

Einigung in der Vereinheitlichung der Eisenbahnen.

Karlsruhe, 29. Febr. Die Verhandlungen der Länder mit Staatsbahnbesitz wegen des Überganges der Staatseisenbahnen in das Reich zum 1. April 1920 haben in den letzten Tagen zu einer Einigung über die Fassung des Vertragsentwurfs geführt. In der Frage der Festsetzung der Abfindungssumme faßt der Vertragsentwurf den Ländern eine gewisse Wahl. Sobald der Wortlaut des Vertragsentwurfs vorliegt, was in diesen Tagen der Fall sein wird, geht er dem Landtage zu. Gleichzeitig soll nochmals der Eisenbahnrat gehört werden. Der Vertrag kann nur in Kraft treten, wenn er durch Gesetze des Reiches und der beteiligten Länder genehmigt wird.

Der französische Sozialisten-Kongreß gegen den Versailler Frieden.

Straßburg, 29. Febr. **Der französische Sozialisten-Kongreß nahm eine Entschließung gegen den Versailler Vertrag an, den man als den Anfang für einen neuen Weltkrieg bezeichnete. Die Mehrheit der sozialistischen Delegierten stimmte für die sofortige Aufhebung der Verträge von Versailles und St. Germain und für die Einberufung einer Völkerinternationale.**

Die Ausrottung des Deutschtums in Ostafrika.

Berlin, 29. Febr. Die in letzter Zeit verbreiteten Pressemeldungen über die restlose Ausrottung allen Deutschtums in Ostafrika sind nach neueren im Reichskolonial-Ministerium vorliegenden Nachrichten in dieser Weise nicht zutreffend. Die englische Regierung hat als Mandatarstaat zwar am 27. Januar 1920 in Dar es Salam eine Proklamation erlassen, wonach bis zum 31. März 1920 alle feindlichen Unternehmen die Kolonie zu verlassen haben. Gleichzeitig ist aber bestimmt, daß Aufenthalts-Erlaubnisscheine erteilt werden können. Gesuche um solche sind schriftlich an die englische Regierung zu richten.

Der Friedensvertrag mit Bulgarien.

Rotterdam, 29. Febr. Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" teilte Lloyd George mit, daß der Friedensvertrag mit Bulgarien nächste Woche dem Unterhaus vorgelegt werden soll.

Um die Unabhängigkeit Syriens.

Haag, 29. Febr. Die „Morning Post" berichtet, daß sich die Unabhängigkeitsbewegung in Syrien ständig mehr ausbreitet. Damaskus ist durch einen der einflußreichsten Führer mit mehr als 30000 Anhängern besetzt. Dieser erklärte in einem Interview, wenn die Friedenskonferenz nicht völlige Unabhängigkeit zugestehe, so würde auf den ersten Ruf des Emirs Feisal das ganze Volk zu den Waffen greifen.

Die militärische Demonstration Englands vor Konstantinopel.

Haag, 29. Febr. Die „Times" melden aus Konstantinopel: Die Anwesenheit der Engländer nimmt den Charakter einer militärischen Demonstration an. Das ganze englische Geschwader wird in das Schwarze Meer einlaufen. Trotz der Bekanntgabe des Beschlusses der Pariser Konferenz in Konstantinopel dauern die Unruhen in Cicilien fort. Eine Zeitung in Cerarea fordert die nationalistischen Truppen zu einem allgemeinen Angriff gegen die französischen Truppen auf.

Amerika beachtet das Friedensangebot Sowjet-Rußlands nicht.

Washington, 28. Febr. (Havas.) Das Staatsdepartement erklärt, daß die amerikanische Regierung das Friedensangebot der Bolschewisten nicht in Betracht ziehen werde.

*

Aus den besetzten Gebieten.

Zunehmende Spannung in Oberschlesien.

Breslau, 29. Febr. Mit Rücksicht auf die sich von Tag zu Tag verschlechternde Stimmung der oberschlesischen Arbeiterschaft sind in den letzten Tagen neue französische Truppentransporte im Abstimmungsgebiet eingetroffen. Weitere Truppen sind von Rhein her im Anrollen. Obwohl die dienstliche Haltung der französischen Truppen im allgemeinen korrekt ist, wirken doch allein ihre Anwesenheit, der französische Brauch, die Posten mit aufgepflanztem Bajonett durch die Straßen patrouillieren zu lassen, die verschiedenen Anordnungen einzelner Ortskommandanten, die für die deutsche uniformierte Bevölkerung den Grüßzwang einführte und der Bürgerschaft die Benutzung des Bürgersteigs im Angesicht französischer Offiziere verbietet, sowie das oft provozierende außerdienstliche Verhalten der Fremden derart aufreizend, daß es tagtäglich zu ernsten Zwischenfällen und tätlichen Angriffen kommt. Infolgedessen haben die Franzosen die ursprüngliche Absicht, jede Stadt und jedes Dorf mit einem kleinen Kommando zu belegen, aufgegeben und die Truppen konsigniert.

Der Regierungssitz Oppeln starrt von Militär und bildet ein großes Heerlager. Im Industriegebiet liegen die Truppen meist außerhalb der Städte und die französischen Batterien sind derart in Stellung gebracht worden, daß sie die Gruben und die Stadtzugänge beherrschen. Diese Maßnahmen haben aber besonders auch auf die polnisch sprechende Arbeiterschaft überaus ungünstig gewirkt. Die Erregung ist weiter gestiegen und als bedrohlich zu bezeichnen. Hinzu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200302-13/fragment/page=0001

kommt, daß leider von einzelnen Industrieführern der fremde militärische Schutz zu arbeiterfreundlichen Handlungen und Nichtachtung deutscher sozialer Gesetze ausgenutzt wird. Dies machen sich besonders die sportlistischen Elemente zunutze, die wieder stärker hervortreten. Außerdem ist aus Krakau die Nachricht eingetroffen, daß die Internationale Kanzlei in Kiew in den letzten Tagen zahlreiche mit reichlichen Geldmitteln und Propagandamaterial ausgerüstete Emissäre nach dem Abstimmungsgebiet entsandt hat, um in den Reihen der Ententetruppen den bolschewistischen Gedanken zu verbreiten. Auch dieser Umstand trägt dazu bei, daß die französische Gefahr immer näher zur Konzentration der Kräfte drängt und die französischen Kriegsgerichtsurteile immer härter ausfallen, was natürlich weiter verbittert. Die großpolnische Propaganda hetzt dazu in kaum zu überbietender Weise und denunziert jede deutschfreundliche oder als deutschfreundlich betrachtete Handlung öffentlich der Ententekommission. Die Volksleidenschaften entfachen sich immer mehr und in ruhig denkender oberschlesischen Kreisen beginnt man mit Sorge, aber auch mit Spannung der allernächsten Zeit entgegenzusehen.

*

Bethmann Hollweg über die zerschlagene Friedensmöglichkeit.

Der ehemalige Reichskanzler von Bethmann Hollweg veröffentlicht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" einen Beitrag zu den Erörterungen über die Friedensmöglichkeiten im Frühjahr 1917. Der Hauptpunkt, auf den Bethmann Hollweg seine Anschauungen stützt, daß solche Möglichkeiten tatsächlich vorlagen, bildet eine Unterredung, die er am 26. Juni mit dem päpstlichen Nuntius Pacelli hatte. Bethmann sagte u. a.:

Mit dem Auftrage, dem Kaiser im Großen Hauptquartier einen Brief des Papstes zu überbringen, suchte mich Monsignore Pacelli am 26. Juni in Berlin auf. Der Nuntius benutzte mir bei dieser Gelegenheit eine Reihe bestimmt gefaßter Fragen über unsere Kriegsziele und Friedensbedingungen vor. Aus der Art der Fragestellung gewann ich den später bestätigten Eindruck, daß es sich um etwas anderes als um eine unverbindliche Konversation über Friedensmöglichkeiten handle, der Nuntius sich vielmehr eines genau formulierten Auftrages entledige. Ich hatte die einzelnen Fragen des Nuntius dahin beantwortet, daß wir zu Rüstungsbeschränkungen im Falle der Allseitigkeit durchaus bereit seien und daß wir grundsätzlich internationalen Schiedsgerichten zustimmten. Bezüglich Belgiens erwiderte ich, daß wir seine volle Unabhängigkeit wiederherstellen würden, doch dürfe Belgien nicht politisch, militärisch und finanziell unter die Herrschaft Englands und Frankreichs geraten. Mit Frankreich werde sich unter der Form gewisser gegenseitiger Grenzberichtigungen ein Weg der Einigung bezüglich Elsaß-Lothringens finden lassen. Am 29. Juni wurde der Nuntius im Großen Hauptquartier von Sr. Majestät dem Kaiser empfangen. Der Kaiser erwartete bei dieser Unterredung die besondere Eignung und das besondere Interesse der katholischen Kirche als Friedensvermittlerin an. Die Möglichkeit, ernsthaft über den Frieden zu reden, dürfte nicht durch die Sozialdemokratie, sondern müsse durch den Papst herbeigeführt werden. „Dies," so schließt von Bethmann Hollweg, „war der Verlauf, den die Unterredung des Nuntius genommen hat. Wenige Tage darauf wurde ich zum Rücktritt genötigt. Auf die weitere Entwicklung der Dinge habe ich deshalb keinen Einfluß mehr gehabt."

Die Lage im Reiche.

Die Regierungsmehrheit soll erhalten bleiben.

Berlin, 29. Febr. Trotzdem die Reichsregierung außer Reichswirtschaftsminister Schmidt und Reichsverkehrsminister Bell den für Montag geplanten Besuch der Leipziger Messe aus dienstlichen Gründen bis auf weiteres verschoben hat, wird in Regierungskreisen noch immer die Möglichkeit nicht nur erörtert eine Kabinettskrise, sondern eine Kabinettskrise ganz allgemein bestimmt. Tatsächlich liegt nach allen Anzeigen die Sache aber so, daß die Krise sich auszubreiten droht und die Koalition Mittel und Wege sucht, die jetzige Regierungsmehrheit unverändert zu erhalten. Die Möglichkeit, daß der Reichsverkehrsminister Dr. Bell durch den preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten, Oeser, ersetzt werden wird, besteht noch immer fort, und da für die Nachfolgerschaft Erzbergers gleichfalls eine Reihe demokratischer Namen genannt werden, das Zentrum nach der Verwirklichung dieser Bestrebungen also nur noch durch den Reichspostminister Giesberts im Kabinett vertreten sein würde, so gibt das bereits einen Begriff der Schwierigkeiten, die bei der Umbildung des Reichsministeriums zu überwinden sind. Auch das Reichswirtschaftsministerium wurde heute in den Bereich der Krisengerüchte einbezogen. Gestern nachmittag trat das Kabinett zu einer Sitzung zusammen, die sicher auch an der Krisenfrage nicht vorübergegangen ist. Die Fraktionen des Reichstages hielten heute keine Fraktionssitzungen ab, mit Ausnahme der Demokraten, die abends zu Beratungen über schwebende politische Beratungen zusammentreten.

Abrundung der Pfennigrechnung.

Berlin, 29. Febr. Der Mangel an Kupfergeld hat das preußische Finanzministerium zu der einschneidenden Maßnahme veranlaßt, offiziell die Pfennigrechnung nach oben abzurunden. Der diesbezügliche Erlaß lautet folgendermaßen: Seit längerer Zeit sind keine Kupfermünzen mehr hergestellt worden. Die noch vorhandenen Kupfermünzen wurden bei den hohen Kupferpreisen von der Bevölkerung nicht in den Verkehr gegeben, sondern zurückgehalten oder versteckt. Es herrscht daher ein großer Mangel an Kleingeld. Für die Dauer dieses Zustandes bleibt nichts anderes übrig, als die zu zahlenden einmaligen und tausenden Beträge auf volle Summe auf fünf Pfennig nach oben abzurunden, so daß beispielsweise bei einmaliger Zahlung statt 20,13 M 20,15 M und 15,16 M 15,20 M zu zahlen sind. Bei laufenden Zahlungen tritt ein entsprechender Ausgleich in verschiedenen Monaten ein.

Der Kampf um die Kohlenpreiserhöhung.

Berlin, 29. Febr. Die Unternehmer des Kohlenbergbaues halten zur Deckung der notwendigen Erneuerungs-, Erweiterungs-, Neu- und Ersatzanlagen, die für die Steigerung der Kohlenförderung unbedingt geführt werden müssen, eine Erhöhung der Kohlenpreise um 18 M pro Tonne für notwendig. Für diese Leistung der Allgemeinheit wurde aber vom Reichswirtschaftsministerium einmal eine angemessene Beteiligung dieser Allgemeinheit an Besitz und Ertrag, sowie eine Kontrolle über die Verwendung dieser Mittel gefordert. Das Reichskabinett hatte seinen Standpunkt in Leitsätzen niedergelegt, welche Gegenstand der gestrigen Beratungen des Reichskohlenrates waren. Diese Leitsätze wurden seitens der Arbeitnehmerschaft als eine brauchbare Grundlage angesehen. Von seiten der Bergbauunternehmer wurden sie jedoch mit Entschiedenheit abgelehnt. Unterstaatssekretär Prof. Hirsch erklärte die Bereitschaft des Reichswirtschaftsministeriums, die Frage der Übernahme der Abschreibungen auf den Kohlenpreis nach Weihrungen sachlicher Unterlagen einer erneuten Prüfung unterziehen zu wollen. Da über die weiteren Fragen eine Einigung zwischen Regierung und Unternehmerschaft nicht zu erzielen war, mußten die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden. Das Reichswirtschaftsministerium behält sich die weitere Behandlung der strittigen Frage vor.

Wieder 3000 Arbeitslose wegen Kohlenmangels.

Berlin, 29. Febr. Der Betrieb der A.-G. Ludwig Löwe in Berlin hatte schon seit mehreren Wochen unter starkem Kohlenmangel zu leiden und kann seit Sonnabend den Betrieb auch nicht mehr in beschränktem Maße fortsetzen. Diese Betriebseinstellung wird die Zahl der Arbeitslosen um 3000 vermehren. Die Arbeiter nehmen von der Mitteilung des Werks ruhig Kenntnis, sie sind aber sehr erbittert über den Kohlenmangel, bezw. die mangelhafte Organisation bei der Kohlenverteilung Schuld an der Stillegung des Werkes trifft.

Das Zentrum und die Erzberger-Krisis.

Berlin, 29. Febr. Die Vorstände der Zentrumspartei des Reiches und der Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung haben gelegentlich ihrer Tagung vom 28. Februar die Angelegenheit des Reichsfinanzministers Erzberger erörtert. Die endgültige Stellungnahme wurde, wie von seiner Seite mitgeteilt wird, in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Reichsparteitages vom 22. Januar d. J. vorbehalten, bis die tatsächlichen Feststellungen des Urteils in der schwebenden Strafsache gegen Helfferich und die Ergebnisse des Verfahrens von der Steuerbehörde gegen Erzberger vorliegen. Dieser Standpunkt wurde in einer Besprechung des Ausschusses der Mehrheitsparteien am 29. Februar d. J. als richtig erachtet.

Kongreß für innere Medizin in Dresden.

Dresden, 29. Febr. Der Deutsche Kongreß für innere Medizin wird in Dresden (im Konzerthaus) vom 20. bis 23. April unter dem Vorsitz von Geheimrat Minkowski tagen. Den urkundlichen Beschluß, in Wiesbaden zu tagen, hat man wegen einer etwaigen Beeinträchtigung der Tagung durch die Willkürherrschaft des Feindes fallen gelassen.

Zusammenschluß der deutschen Presse.

Bromberg, 29 Febr. Heute haben sich die Redakteure und Journalisten der deutschen Presse aus allen Teilen der Republik Polen hier zusammengefunden. Auch Warschau und Lodz waren vertreten. Sie schlossen sich zu einem Verband der deutschen Presse in Polen zusammen. Der Verband, der seinen Sitz in Bromberg hat, hat die Verwaltung der wirtschaftlichen und Standesinteressen der Redakteure und Journalisten zum Ziel.

Wahlergebnis der Elternbeiräte in Berlin.

Berlin, 1. März. Bis zum letzten Sonnabend lagen die Ergebnisse aus 29 Groß-Berliner Gemeinden über die Elternratswahlen an Volksschulen vor. Danach weist die Liste der Rechtssozialisten 334, der Unabhängigen 622, der unpolitischen Christlichen 356 Elternräte auf.

Politische Übersicht.

Polen.

Die polnischen Vorbedingungen für einen Frieden mit Sowjet-Rußland.

Warschau, 29. Febr. In der Sitzung des Ministerrates legte Minister Patek die prinzipiellen Grundsätze dar, nach deren Annahme durch die russische Sowjetregierung sich die polnische Regierung zum Eintritt in Verhandlungen über die Einzelheiten eines Friedensvertrages zwischen Rußland und Polen bereit erklären könne. Polen verlangt die Annahme folgender prinzipieller Vorbedingungen: 1. Errichtung einer neutralen Zone östlich der polnischen Frontlinie, 2. Wiedergutmachung des Polen durch die Teilungen zugefügten historischen Unrechts, 3. Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der jenseits der polnischen Grenze angesiedelten Völker, 4. wirtschaftliche und finanzielle Entschädigung, 5. Erteilung von Garantien, die es verbürgen würden, daß die Sowjetregierung in Polen bolschewistische Propaganda unterlassen werde, 6. Ratifizierung des Friedens durch eine Körperschaft, die den Willen des russischen Volkes repräsentiert. Der Ministerrat beschloß, diese Vorbedingungen der Landtagskommission für auswärtige Angelegenheiten vorzulegen.

Tschechei.

Die tschechische Verfassungsvorlage angenommen.

Prag, 29. Febr. In der Sitzung der Nationalversammlung vom Sonnabend wurde die Debatte über die Verfassung beendet. Der Antrag der tschechischen Sozialdemokraten, die tschecho-slowakische Sprache als Staats- und offizielle Sprache zu erklären, wurde als § 1 des Sprachengesetzes bei der Abstimmung angenommen. Der § 2 wurde nach der Regierungsvorlage angenommen, die bestimmt, daß die Verpflichtung der staatlichen Beamten und Angestellten, die tschecho-slowakische Sprache zu beherrschen, durch besondere Regierungsverordnung geregelt werden wird. Im übrigen wurde die Verfassungsvorlage glatt erledigt. Die letzte Abstimmung fand am Sonntag früh 3½ Uhr statt.

Russisches Friedensangebot an die Tschecho-Slowakei.

Prag, 29. Febr. Die Wiener Blätter veröffentlichen eine Note, welche der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin an das tschecho-slowakische Ministerium des Äußern gerichtet hat, worin er ein formelles Friedensangebot macht. Wie das tschecho-slowakische Pressebüro mitteilt, liegen im tschecho-slowakischen Ministerium des Äußern über diese Note noch keine direkten Meldungen vor.

Ungarn.

Ein Appell an die zivilisierte Welt.

Budapest, 29. Febr. In Beantwortung einer Interpellation im Abgeordnetenhause in Angelegenheit der Ernährungslage richtete Ministerpräsident Sugar einen Appell an die ganze zivilisierte Welt, Ungarn nicht auszuhungern.

Annahme der Verfassung.

Budapest, 29. Febr. Die Nationalversammlung hat die Vorlage über die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände und die provisorische Regelung der obersten Staatsgewalt angenommen.

Belgien.

Beilegung des Bergarbeiterstreikes.

Brüssel, 29. Febr. „Peuple" meldet: Die Bergarbeiterzentrale in Boringage habe die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen und wolle abwarten, welches das Ergebnis der Prüfung der Geschäftslage sein werde, um dann an die Frage der Löhne herauszutreten, wie es am 14. und 15. März abhaltender Kongreß befaßt werden soll.

Der deutsche Vertreter eingetroffen.

Brüssel, 29. Febr. Der deutsche Geschäftsträger ist gestern hier eingetroffen.

Frankreich.

Fortdauer des Eisenbahnerstreiks.

Paris, 29. Febr. Wie „Petit Parisien" meldet, wird die Regierung alle Maßnahmen ergreifen, die das Gesetz ihr in die Hand gibt, um den Folgen der Krise zu begegnen. Nach dem „Matin" hat das Pariser Komitee der Angestellten von Post, Telegraph und Telephon die angeschlossenen Mitglieder ersucht, sich nicht mit den Streikenden in Widerspruch zu setzen und sich bereit zu halten, die etwa notwendig werdende Solidarität zu üben. — Die internationalen Schnellzüge von Deutschland sind am Sonntagvormittag ohne nennenswerte Verspätung in Paris eingetroffen. — Die Staatsanwaltschaft hat die Möglichkeit der gerichtlichen Verfolgung der Streikführer wegen der Erteilung des Befehls zum Generalstreik geprüft. Die Angestellten der Ostbahn haben am Sonnabendnachmittag die Fortsetzung des Streiks beschlossen. — In der Sonnabendsitzung der Kammer hat Millerand den Vorschlag gemacht, den Fall des gemaßregelten Arbeiters, der zum Ausland der Eisenbahner geführt hat, einem Schiedsgericht zu unterbreiten; aber er hat die Bedingung gestellt, daß die Eisenbahner zuerst die Arbeit wiederaufnehmen müßten. Entsprechend der Ankündigung des Ministerpräsidenten haben im ganzen Bereiche der Paris—Lyon—Mittelmeer-Bahn die streikenden Eisenbahner, die den dreijährigen Jahrgängen der aktiven Armee angehören, Gestellungsbefehle erhalten. Es handelt sich um ungefähr 10 000 Mann.

Zum Eisenbahnerstreik.

Paris, 29. Febr. Auf Anordnung der Regierung hat die Justizbehörde eine Untersuchung darüber angestellt, ob sich diejenigen, die den Generalstreik erklärt haben, nicht gegen das Gesetz vergangen haben. Daraufhin wurden einige Führer verhaftet. Die Regierung ist fest entschlossen, die Achtung vor dem Gesetz aufrecht zu erhalten.

Der Militärgouverneur hat gemeinsam mit dem Polizeipräsidenten alle nötigen Maßnahmen getroffen, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu ermöglichen. Umzüge und Zusammenrottungen gleich welcher Art sind verboten.

Die Einschränkungen der Kriegszeit wieder in Kraft.

Paris, 29. Febr. Am 1. März werden im großen und ganzen alle Einschränkungen aus der Kriegszeit wieder provisorisch in Kraft treten. So werden Kohlen nur denen bewilligt, die keine andere Heizungsmöglichkeit haben. Die Kaffeehäuser, Restaurationen und Hotels müssen um 10 Uhr schließen, die Theater, Konzerthallen und Kinos um 11 Uhr.

England.

Das Stimmrecht der Frauen.

London, 28. Febr. Die von der Arbeiterpartei eingebrachte Gesetzesvorlage, die das Stimmrecht der Frauen in derselben Weise regelt, wie das der Männer, wurde im Unterhause in zweiter Lesung einstimmig angenommen. Die Gesetzesvorlage setzt die Altersgrenze für Frauen von 30 auf 21 Jahre herab.

Deutschland.

Die Ergebnisse des Überschichten-Abkommens.

Düsseldorf, 29. Febr. Nach Ablauf der ersten Woche des Abkommens mit den Bergarbeitern hinsichtlich der Einrichtung von Überschichten kann man sagen, daß die Ergebnisse nicht besonders günstig waren. Die Mehrförderungen stellten sich so, daß monatlich mit einem Zuwachs von 1,2 Millionen Tonnen, also jährlich mit 12 bis 15 Millionen Tonnen zu rechnen ist. Es ist das also bei weitem nicht die Menge, die der Reichskanzler bei den Essener Verhandlungen als notwendig bezeichnet hat (45 Millionen Tonnen). Im allgemeinen hat sich das Verfahren der Überstunden im ganzen Revier reibungslos vollzogen.

Merseburg und Umgegend.

1. März.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Beilage.)

** **Der Sternenhimmel im März.** Der helle Stern, der zuerst sichtbar wird, ist Jupiter. Man darf ihn nicht mit dem „Abendstern" verwechseln; das ist der Planet Venus, den wir bis zum Mai als Morgenstern, erst vom Spätsommer an abends sehen, dann aber am Westhimmel. Venus steht der Sonne näher als die Erde, von uns aus gesehen, kann sie sich deshalb nie über einen bestimmten Abstandswinkel hinaus von der Sonne entfernen. Eine einfache Überlegung zeigt, daß dieser Winkelabstand keinesfalls 90 Grad erreichen kann (weil dann der Durchmesser der Venusbahn größer sein müßte als der Durchmesser der Erdbahn); in Wirklichkeit erreicht er höchstens etwa 45 Grad. Venus kann daher nur, nach der Sonne untergehend, abends am Westhimmel erscheinen, aber morgens am Ostimmel, nie abends in östlicher Himmelsgegend, wie Jupiter im März 1920. Jupiter steht inmitten einer Kette heller Sterne, die vom Orion zum Scheitelpunkt hinaufleitet: Saturn, Regulus, Jupiter, Pollux, Kastor, Kapella. Am Südhimmel leuchtet der prachtvolle Hundstern, der jahrtausendende Kalenderstern der Ägypter. Über ihm das große Kreuz des Orion. Der Mond: Am 4. abends 10 Uhr Vollmond, am 21. abends 7 Uhr letztes Viertel, am 25. mittags Neumond, am 27. morgens 8 Uhr erstes Viertel. Die Sonne geht am 20. März abends 11 Uhr aus dem Zeichen der Fische in das des Widders über; sie überschreitet den Äquator nordwärts und befindet sich, wie jedes andere im „Gleicher" stehende Gestirn, 12 Stunden über und 12 Stunden unter unserem Sehfelde. Tag und Nacht sind gleich lang (Frühlingsäquinoktium). Allerdings bewirkt die Strahlenbrechung in der irdischen Atmosphäre, daß die Sonne schon 4 Min. nach ihrem wirklichen Emportauchen am Horizont sichtbar wird, und ebenso noch 4 Minuten nach ihrem tatsächlichen Hinabsinken unter denselben. So erhält zurzeit der Tag- und Nachtgleiche der Tag ein „übergewicht" von 16 Minuten gegenüber der Nacht.

** **Die Jagd im März.** In Preußen dürfen im März außer Schwarzwild, wilden Kaninchen, Marderhund und Wildtauben, auf die immer gejagt werden darf, nur Auer-, Birk- und Haselhähne, sowie Schnepfen und Fasanenhähne geschossen werden. Das Hauptinteresse des Jägers wendet sich in diesem Monat der Schnepfenjagd zu. Nach allgemeiner Ansicht bildet der Abendanstand, der Abschuß auf dem Strich, die empfehlenswertere Jagdart, während die Suche oder das Buschieren nach Möglichkeit vermieden werden sollte, weil dabei auch zuviel Weibchen geschossen werden; die weiblichen Schnepfen bedürfen aber dringend der Schonung, wenn die Waldschnepfen in Deutschland nicht noch seltener werden sollen, als sie es jetzt leider schon geworden sind. Ferner beschäftigt sich der Jäger im März nach Möglichkeit mit dem Abschuß der Krähen, da diese wegen der noch überall mangelnden Deckungsgelegenheit ganz besonders den Junghasen und ihre später den Gelegen des Federwildes verderblich werden. — Die Auer-, Birk- und Haselhähne beginnen in diesem Monat zu balzen. Wegen des Fortpflanzungsgeschäfts sollte man die Jagd auf sie noch nicht ausüben, sie vielmehr noch bis zum April verschieben, nachdem die Fortpflanzung auch wirklich geschehen sein wird, da hinter den balzlustigen und für die Erhaltung der Art wertvollsten Hähne dem Blei vorzeitig verfallen. — Das Rot-, Dam- und Rehwild sucht jetzt gern die Saatfelder an den Waldrändern auf, um dort von den grünen Saaten zu naschen. Der plötzliche Übergang von der winterlichen Trockenäung zum saftigen Grünfutter der Felder kann jedoch zu schweren Verdauungsstörungen beim Wilde führen, um denen dieses mehr oder weniger zu schützen eingeht; um diesem Übelstande vorzubeugen, ist die Verabreichung von Salz, in Form von Salzlecken, an das Wild geboten, weshalb die Salzlecken aufzustellen, nötigenfalls neu anzulegen sind.

** **Keine lordensierte Vollmilch für diese Woche.** Die Zufuhren an kondensierter Milch sind ausgeblieben. Es kann daher für die laufende Woche vom 29. Februar bis 6. März 1920 an die Inhaber der roten Milchkarten kondensierte Vollmilch leider nicht ausgegeben werden.

** **Vermehrte Stromabgabe für Motore.** Der Vertrauensmann des Reichskommissars für die Kohlenverteilung für das Versorgungsgebiet des Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikats mit, daß mit Wirkung vom 1. März d. J. ab bei sämtlichen Stromabnehmern der Motorenbetrieb nur in der Zeit von abends 5½—8 Uhr unterbleiben muß. Um eine möglichst gleichbleibende Belastung zu erzielen, soll der elektrische Dreschbetrieb auch in den Frühstücks- und Mittagspausen und auch an Sonntagen durchgeführt werden.

** **Zwei Veterinärpolizeibezirke des Kreises.** Der Kreis Merseburg ist in zwei Veterinärpolizeibezirke eingeteilt und zwar bildet der westlich der Saale gelegene Teil des Kreises den Bezirk des Kreistierarztes I, der östlich der Saale gelegene Teil des Kreises den Bezirk des Kreistierarztes II. Da es in letzter Zeit häufig vorgekommen ist, daß Briefe in veterinärpolizeilichen Angelegenheiten einfach an den Herrn Kreistierarzt gerichtet wurden, weist der Komm. Landrat darauf hin, daß zur Vermeidung überflüssiger, zeitraubender und leicht vermeidbarer Sacherei die Briefe usw. die den Bezirken entsprechende genaue Aufschrift tragen müssen.

** **Mietersichung und Zustandsbaleit des städtischen Mietseinigungsamtes** sind mit Zustimmung des Regierungspräsidenten wie folgt festgesetzt worden: 1. daß die Vermieter von Wohn- und Geschäftsräumen, Büros, Läden und Werkstätten ein Mieterhältnis rechtswirksam nur mit vorherigter Zustimmung des Einigungsamtes kündigen können, insbesondere, wenn die Kündigung zum Zwecke der Mietsteigerung erfolgt, 2. daß ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis als auf unbestimmte Zeit verlängert gilt, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Einigungsamtes zu dem Ablauf erwirkt hat 3. Jeder Abschluß eines Mietvertrages über Wohn- und Geschäftsräume, Büros, Läden und Werkstätten ist dem Magistrat (Wohnungsamt) vom Vermieter binnen einer Woche nach Abschluß des Vertrages anzuzeigen. Die Anzeige muß enthalten: Name und Stand des Vermieters und des Mieters, Lage und Größe, Zahl und Art der Mieträume, bisherigen und jetzigen Mietpreis, bisherigen Wohnort des Mieters. Hiergegen kann das Einigungsamt Einspruch erheben. Wer den Bestimmungen zuwiderhandelt, setzt sich schweren Strafen aus.

** **Abgabe von Militärpferden.** Nachdem die Militärbehörden selbst, teils leihweise, teils endgültig Pferde an die Landwirte abgeben und die Landwirtschaftskammer zu Halle seit einiger Zeit überhaupt keine Tiere mehr zugewiesen werden, können weitere Bewerbungen um Militärpferde nicht mehr berücksichtigt werden. Es liegen jetzt bereits 4000 Anträge vor, welche schon lange vorgemerkt sind. Weitere Gesuche an die Landwirtschaftskammer sind völlig aussichtslos und können mit Rücksicht auf die Arbeitsüberlastung keine Beantwortung finden.

** **Verkehr mit Saatkartoffeln.** Hierzu hat der Reichswirtschaftsminister bestimmt: Saatkartoffeln dürfen aus einem Kommunalverband in einen anderen auch dann geliefert werden, wenn die Lieferung zur Grund eines in der Zeit vom 15. Februar bis 15. April 1920 einschließlich abgeschlossenen und von dem Kommunalverband, aus dessen Bezirk die Kartoffeln geliefert werden, genehmigten schriftlichen Vertrags erfolgt. Der Antrag auf Genehmigung ist alsbald nach Abschluß des Vertrages, spätestens bis zum 20. April 1920 zu stellen.

** **Einbruchschronik.** Die Einbrecher bleiben fortgesetzt am Werk. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag stiegen Vertreter dieser Verbrecherzunft in das Anwesen des Gasthauses „Zum Feldschlößchen" ein und hielten 21 Flüchtlinge und 2 Domästlicher mit sich gehen. Ob ihnen nun die Beute so schwer schien oder sie für einer ergebnisreiche Nachforschung fürs Erste unmöglich machen wollten, sie verscheuchten ihren Raub in den benachbarten Anlagen. Zu ihrem heimlichen großen Leidwesen waren die nach Entdecken des Diebstahls angestellten Nachforschungen doch insoweit erfolgreich, daß die Sachen in den Anlagen gefunden wurden und die Räuber so um ihre Beute gekommen sind. Im übrigen aber hat man noch keine Spur von ihnen.

** **Die Elternbeiratswahl an der Mittelschule Merseburg** findet nach der Bekanntgabe des Wahlvorstandes am Sonntag den 7. März d. J. von 12 bis 1 Uhr mittags, im Lehrerzimmer daselbst statt. Die Kandidatenliste für die Elternbeiratswahl ist im Flur des zweiten Stockes der Mittelschule öffentlich ausgehängt.

** **Im Verein für Feuerbestattung für Merseburg und Umgegend** lagen in der am Sonnabend im „Alten Dessauer" abgehaltenen Monatsversammlung wieder 18 Neuanmeldungen vor. Nach der Verlesung und Genehmigung der Niederschrift von der Januarversammlung lieferte ein Artikel in Nr. 1 der „Flamme" überschrieben „Feuerbestattung und Politik" den Stoff für eine längere Besprechung, in der vom Vorsitzenden der ablehnende Standpunkt des Verbandsorgans gegenüber solchen politischen Parteien, die ihren Einfluß bei jeder Gelegenheit zum Nachteil der Feuerbestattung geltend machen, als richtig anerkannt wurde. Die „Flamme" hebt in ihrer Erwiderung auf eine Angabung von deutschnationaler Seite mit Recht hervor, daß die Deutschnationale Volkspartei bekanntlich die Nachfolgerin der ehemaligen konservativen Partei ist, daß aber seinerzeit Konservative und Zentrum geschlossen gegen das Gesetz, betreffend die Zulassung der Feuerbestattung in Preußen, gestimm-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200302-13/fragment/page=0002

haben; daß die Mitglieder dieser beiden Parteien in der damaligen Kommission Verschlimmerungen in den Regierungsentwurf hineingebracht haben, das sind Tatsachen, die nicht wegzuleugnen sind. Von jener Seite ist also die Politik in die Feuerbestattungsfrage hineingetragen worden, nicht von uns! Auch die jetzige Vorlage der Regierung, den in Ausicht gestellten neuen Entwurf eines Feuerbestattungsgesetzes im Staatsministerium beraten zu lassen und dann also dann der Landesversammlung vorzulegen, wird auf eine übergroße Rücksichtnahme auf das Zentrum zurückführt. Der Vorsitzende bemerkt zu diesen Äußerungen, daß er stets gegen eine Verquickung von Politik und Feuerbestattung gewesen sei. Nach seiner Meinung sollen Kulturfragen, zu denen auch die Feuerbestattung gehört, Bindemittel zwischen den verschiedenen politischen Parteien sein, aber niemals Trennungsursachen. Diesen Standpunkt werde er auch in Zukunft festhalten. — Kurz vor 10 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

** **Der Gabelsbergersche Stenographenverein** hielt am 25. Stiftungsfest im „Schützenhaus" einen überaus starken Zuspruch. Nach einleitenden vorzüglichen Konzertvorträgen unter Leitung des Kapellmeisters Franke, zeigte ein von Mitgliedern des Vereins aufgeführtes Weihestspiel die innige Verbindung der Schreibkunst und der Stenographie, abschließend mit einem lebenden Bild um die Büste des Altmeisters Gabelsberger. Der erste Vorsitzende, Landesversicherungs-Inspektor Demme, begrüßte die Anwesenden, namentlich auch die Vertreter der Schulen, die Vertreter des Bundes und des Verbandes Gabelsbergerscher Stenographenvereine, die Vertreter anderer Systeme und die Kunstgenossen aus den Nachbarstädten. Nach dem Vorbilde des Meisters hat der Verein im Sinnen und Geiste in 25jähriger eifriger Tätigkeit für die deutsche Volkswirtschaft gearbeitet, Hunderte von jungen Leuten ausgebildet. Dies sei ihm jedoch nur möglich gewesen, durch die selbstlose Unterstützung, die ihm von manchen Seiten der Einwohnerschaft Merseburgs zuteil wurde, namentlich durch den Geh. Regierungsrat Blanck. Mehr denn je brauche jetzt das deutsche Wirtschaftsleben tüchtige Stenographen, die auch mitzuarbeiten hätten, unser Volk wieder in die Höhe zu bringen. So wurde der Verein weiter streben, auch der Vereinigung aller Systeme in der Einheitsstenographie zu. Bezirksleiter Wittenbecher-Weißenfels überbringt Grüße der Bezirksvereine. Der zweite Vorsitzende Lotzmann gibt die Namen der Vereine, die im letzten Wettschreiben bekannt und überreicht dem verdienstvollen ersten Vorsitzenden namens des Vereins ein großes Bild Gabelsbergers. Der Vorsitzende des hiesigen Stenotachygraphenvereins, Landesbeirat Wolf, dankte für die Einladung und wünscht dem Verein ein weiteres Gedeihen. Außerdem waren viele Glückwunschschreiben, darunter ein solches vom Regierungspräsidenten, eingegangen. Der Männerchor des Eisenbahnervereins hatte sich in uneigennütziger Weise zur Verfügung gestellt und erfreute durch Wiedergabe zweier Vorträge. Im Reisevortrage, der von zahlreichen Lichtbildern begleitet war, ging Museumsdirektor Prof. Dr. Schramm-Leipzig auf die Entwickelung der Schrift bis zur modernen Stenographie ein. Von Hand der primitiven Verständigungsmittel der alten Völker und der noch kulturlosen heutigen Völkerschaften, zeigte Redner den allmählichen Aufstieg zur Schriftsprache. Mit der Einführung des Parlamentarismus in den süddeutschen Staaten machte sich eine Kurzschrift nötig, die die unheimliche Redeflut dieser Tage ist schon in den Parlamenten eine Geschwindigkeit von 400 Silben nichts Außergewöhnliches mehr. Solche Schnelligkeit läßt sich naturgemäß nur mit Hilfe der Redezeichenkunst (sogenannte Stenographie) bewältigen. Unsere Zeit ist eine andere geworden; vor dem Kriege konnten wir uns diese Systeme leisten, heute müssen wir auch daran zur Einheit kommen. Gabelsbergers Werk wird dabei nicht zu kurz kommen, denn auf seinen Grundlagen bauen sich auch die übrigen Systeme auf. Redner schloß mit dem Wunsche, daß alle mitarbeiten möchten, durch die Stenographie am Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Starker Beifall lohnte den klaren, durch Humor gewürzten Ausführungen des Redners. Nach einem Cello-Vortrag begann der heitere Teil des Abends mit Vorträgen unseres Komikers de Bal vom Tivoli-Theater, der wie immer, durchschlagenden Erfolg erzielte. Ein komisches Singspiel der Damen Demme und ein Vereinskunstspiel trugen zur Erhöhung der Fröhlichkeit bei. Mit dem üblichen Festball schloß die gut verlaufene Stiftungsfeier des Vereins, die dem Verein sicher viele neue Freunde gebracht hat. — Möchte ihm das begonnene zweite Vierteljahrhundert weiteres Blühen und Wachsen bringen. G.

** **Der Verein zur Hebung der Geflügelzucht für Merseburg und Umgegend** hielt am Sonntag nachmittag im „Casino" eine gut besuchte Versammlung ab. Der neue Vorsitzende, Kaufmann M. Lehmann, eröffnete die Verhandlungen mit der Meldung, daß der seitherige Vorsitzende, Güterverwalter Graf, seine Funktionen aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt und der Vorstand die Leitung des Vereins in seine Hände gelegt habe. Er werde sich bemühen, das Vertrauen der Mitglieder in jeder Weise zu rechtfertigen und sein Bestes tun, um den Verein zu fördern und auf seiner Höhe zu erhalten. Er bittet die Mitglieder richtet er die Bitte, ihn in seinen Bestrebungen um das Wohl des Vereins zu unterstützen. Der Schriftführer verliest hierauf die Niederschriften der letzten Vereins- und Vorstandssitzungen, sowie einen Schriftwechsel zwischen dem Verein und dem Vorstande des Provinzialverbandes der Geflügelzüchtervereine in Halle, wozu Güterverwalter Graf einige erläuternde Bemerkungen macht, die sich auf diesen Schriftwechsel beziehen. Zwei Mitglieder geben hierzu noch weitere Erklärungen und sprechen gleichzeitig gegen ein event. Ausscheiden des Vereins aus dem Provinzialverbande. — Der Vorsitzende erteilt nunmehr dem Spediteur Benemann das Wort zu dem angekündigten Vortrage über Zwerghühner und ihre Zucht. Der Genannte hat, wie er einleitend ausführt, zu diesem Thema gegriffen, weil jetzt hier und in der Umgegend so gut wie gar keine Zwerghühner gehalten werden. Ihre Züchtung hat aber in anderen Gegenden während des Krieges einen bedeutenden Aufschwung genommen, wie mehrere Kataloge von großen Geflügel-Ausstellungen beweisen, die in früherer Zeit abgehalten wurden. Der Sprecher führt dies auf die Not der Zeit zurück, die namentlich in den Städten dazu drängt, Vieh zu halten und sich dadurch einen wirtschaftlichen Nutzen zu verschaffen. Hier, auf oft kleinem Raume, sind die Zwerghühner am richtigen Platze. Sie liefern zwar nur kleine, aber immerhin im Verhältnis zu ihrer Größe und Schwere recht gewichtige Eier, die bis zu 40 Gramm erreichen. Dabei machen Zwerghühner wenig Ansprüche an Raum und Futter, als Stall genügt im Notfall eine Kiste. Nur etwas Sonne ist ihnen Bedürfnis. Die Küken entwickeln sich schnell und kommen früher zum Legen als große Hühner. Leider ist eine richtige Zwergkückenpflege jetzt wegen Mangel an Futter nicht möglich, so daß jeder Züchter nach eigenen Erfahrungen durchhelfen muß. Nach Schilderung der besonderen Eigenschaften der Zwerghühner führt der Sprecher als die beliebtesten Rassen derselben folgende an: Japaner, Kämpfer, Bantams, Cochins, Wyandottes, Langshans und deutsche Zwerghühner. Einige von diesen sind schwer zu züchten, da sich oft stark degenerierte Tiere darunter befinden, andere dagegen, und namentlich die kleinen deutschen Zwerghühner, sind sehr zu empfehlen, da sie zu den guten Eierlegern zählen. Der Sprecher schließt mit dem Wunsche, daß seine Ausführungen manchen veranlassen möchten, sich Zwerghühner zuzulegen. Der Vorsitzende spricht dem Redner seinen Dank aus und Rudolph-Halle knüpft daran noch einige Mitteilungen über seine Erfahrungen in diesem Gebiete. Auch Kunst- und Handelsgärtner Semmler spricht anschließend über Zucht und Kreuzung von Zwerghühnern. — Der nächste Punkt der Tagesordnung, Wahl eines Vorstandsmitgliedes, findet durch die fast einstimmige Wahl des Hörvorstehers Hilbert seine Erledigung. Derselbe nimmt die Wahl dankend an. Weiterhin bespricht Rudolph-Halle eingehend die in einer Anzahl ausgestellten Hühner und Tauben; der Vorsitzende gibt Kenntnis von einer auf Veranlassung des preußischen Landwirtschaftsministers vom 20.—22. Januar d. J. in Berlin stattgehabten Konferenz, in der eingehende Fachfragen über die Förderung der Geflügelzucht beraten und eine Reihe neuer Leitsätze aufgestellt haben. In der nächsten Versammlung hierauf näher eingegangen werden. — Für drei zum Verkauf gestellte Gänse (Rhein und zwei Hühner) meldet sich in der Versammlung kein Käufer. Die Veräußerung wird dem Vorsitzenden überlassen — Um die Brutei-Bezugsfrage zu regeln, soll beim Vorsitzenden eine Liste solcher Mitglieder angelegt werden, welche Bruteier zu verkaufen beabsichtigen. — Wie Spediteur Benemann noch mitteilt, sind von der Provinz Sachsen 2776 Hühner und 277 Hähne, und zwar nur Rassetiere, zur den Feldzuhund abzuliefern. Im Kreise Merseburg haben die maßgebenden Personen die städtischen Geflügelzüchter von jeder Lieferung hierzu befreit. Die ländlichen Wirtschaften werden die auf unseren Kreis entfallende Anzahl Tiere allein aufbringen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende schließt gegen 6 Uhr die Versammlung.

*

Tarifabschluß im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Die Tarifverhandlungen der Angestellten mit den Unternehmern der Braunkohlenreviere Halle Magdeburg, Bitterfeld und Kreis anhalt sind durch einen Schiedsspruch, dem sich aller Wahrscheinlichkeit nach die Angestellten fügen werden, beendigt worden. Der Schiedsspruch berücksichtigt in viel stärkerem Maße, als das bisher der Fall gewesen ist, soziale Momente. So sind die Gehälter der Verheirateten durchschnittlich um 10 Prozent höher, als die der Ledigen. Ferner wird ein Kindergeld in Höhe von 30 M pro Kind bis zum Alter von 15 Jahren gezahlt. Die Gehälter richten sich außerdem nach der Größe der Werke und werden von den Angestelltenausschüssen nach bestimmten Richtlinien festgelegt.

Man hat die gesamte Angestelltenschaft in vier Klassen eingeteilt, von denen bei den technischen Angestellten die Betriebsführer die bestbezahlteste, die Aufseher die niedrigst bezahlte Klasse bilden. Bei den kaufmännischen Angestellten unterscheidet man Angestellte in leitenden Stellungen, selbständig arbeitende, qualifizierte und nachgeordnete Angestellte. Außer freier Wohnung und Feuerung sind für ledige Betriebsbeamten Anfangsgehälter von 825—950 M, für Verheiratete 925—1050 M festgelegt, für ledige Aufseher 675 M für verheiratete 750 M.

Bei den kaufmännischen Angestellten betragen die Gehälter der ersten Klasse für Ledige 750—950 M, für Verheiratete 833—1050 M, in der untersten Klasse für Ledige 525—575 M, für Verheiratete 575—625 M. Hierzu kommen Steuerzuschläge von 10 mal 10 M pro Dienstjahr und Monat, ferner wird den Betriebsbeamten eine Bauschalentschädigung für jede Überarbeit gewährt, die im laufenden Betrieb geleistet werden muß. Diese beträgt für Betriebsführer 100 M und steigt für jene Angestellte, die wenig Überarbeit leisten, auf 50 M pro Monat. Die Festsetzung erfolgt durch den Angestelltenausschuß. Überstunden werden mit 1/100 des Monatsgehaltes plus 25 Proz., Sonntagsarbeit mit 1/100 plus 50 Proz. Aufschlag bezahlt. H.

*

Der Kreislandbund Merseburg

hielt heute, Montag, vormittag im „Tivoli" seine Hauptversammlung ab. Der Besuch war sehr zahlreich, so daß der große Saal mit Teilnehmern beiderlei Geschlechts dicht besetzt war.

Um 10¾ Uhr eröffnete der Vorsitzende, Amtsvorsteher Niele, die Versammlung mit begrüßenden Worten. Er schilderte in kurzen Worten die Notwendigkeit der Bildung von Kreislandbünden. An der Spitze derselben steht der Landbund der Provinz Sachsen. Mit der Aufforderung an die Anwesenden, einig zu sein und geschlossen zusammenzustehen, da nur Einigkeit stark macht, schloß er seine Ausführungen.

Hierauf begrüßte er nach besonders die als Gäste anwesenden Herren Landrat a. D. Frhrn. v. Wilmowski, Reg.-Präs. v. Gersdorff, Regierungsrat Freiherr von Landwüst, Dr. Mosle, um sodann Herrn Landesökonomierat Dr. Rabe-Halle das Wort zu seinem Vortrage: „Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses in der Landwirtschaft" zu erteilen. Der Vortragende erklärte einleitend, daß er dem Rufe, nach Merseburg zu einem Vortrage zu kommen, gern gefolgt sei, da ihn alte, liebe Erinnerungen aus seiner Schülerzeit mit der Stadt Merseburg verbinden. Früher hätten wir unter dem Kaiserreich im Vergleich zu den heutigen herrliche Zustände. Die Revolution sei ein Schandmal in der deutschen Geschichte. Er schilderte nun in den düstersten Farben die durch die Revolution eingetretenen Veränderungen, die alles andere, aber keine Fortschritte und Verbesserungen seien. Einzelne der Landwirtschaft ist in den neuen Körperschaften trotz aller Verbesserungen nicht stärker geworden. Das ist zu bedauern, und in Zukunft muß dahin gestrebt werden, der Einfluß der Landwirtschaft entsprechend dem prozentualen Verhältnis zum Ausdruck zu bringen. Dies ist aber nur möglich, wenn sich die Landwirte in Organisationen zusammenschließen, wo ihre Interessen am besten vertreten werden können und Vorbedingungen bei den maßgebenden Stellen am nachdrücklichsten verfochten werden. Aus diesem Grunde ist die Gründung des Landbundes erfolgt. Er schilderte nun die Zwecke und Ziele, die der Landbund verfolgt. Mit der Aufforderung, sich der Organisation anzuschließen, einig zu sein und alle für einen Mann zu stehen, schloß Herr Rabe seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

In der sehr lebhaften Diskussion wurden verschiedene Mißstände und Fehlgriffe zur Sprache gebracht, die u. a. bei der Ablieferung von Hafer und Gerste gemacht worden sind. Im übrigen waren aber sämtliche Redner mit den Ausführungen des Redners einverstanden, was dieser auch in seinem Schlußworte feststellen konnte.

Hierauf erhielt Herr Landrat Frhr. v. Wilmowski-Mariental das Wort zu seinem Vortrage: „Die Zwangswirtschaft ein Hemmnis im Wiederaufbau Deutschlands." Der Herr Vortragende, von lebhaftem Beifall begrüßt, sprach zunächst über Werden und Geschichte der Zwangswirtschaft. Was ist mit der Zwangswirtschaft erreicht? 1. Daß einer soviel zu essen hat wie der andere, daß aber keiner mit den zugewiesenen Lebensmitteln auskommen kann. 2. Daß der Städter teuer kaufen muß, denn die angebliche Verbilligung ist nur scheinbar, denn er kann nur durch den Schleichhandel und damit teurer sein Leben fristen. 3. Daß der Städter wenn die Zwangswirtschaft nicht bald in andere Bahnen gelenkt resp. aufgehoben wird, bald gar nichts mehr zu essen haben wird. Die Maßnahmen, die die Regierung hiergegen ergriffen hat, sind leider ohne Erfolg geblieben. In der Kartoffel- und Fleischversorgung ist die Zwangsbewirtschaftung vollständig zusammengebrochen. Auch für alle anderen Lebensmittel ist durch die bisherigen Ergebnisse der Beweis erbracht, daß die Zeit wird, daß die Zwangswirtschaft dem freien Handel Platz macht. Lieferungsverträge müssen angestrebt werden. Nur durch den freien Handel und Verkehr kann der jetzt bestehenden Not gesteuert werden. Auch ihm wurde reicher Beifall für seine Ausführungen zuteil. Nach kurzer Diskussion fand eine Resolution ohne Gegenstimmen in der die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert wird und die Landwirte sich verpflichten, die Städte mit Lebensmitteln zu versorgen. Ein planmäßiger und zielbewußter freier Handel muß wieder angestrebt werden. Sodann wurden noch geschäftliche Mitteilungen erledigt.

*

Für unsere Haustrauen.

(Lebensmittelkalender für Dienstag den 2. März.)

Ausgabe von Wager- und Buttermilch auf Feld Nr. 1 der neuen Moormilchkarten.

Freibank: Für die Ordnungsnummern 3676 bis 3775 vormittags von 8 bis 9 Uhr.

Sport-Nachrichten des „Merseburger Korrespondent".

In den Kreisligaspielen

fiel gestern die Entscheidung. Gleichzeitig brachten sie eine Riesenüberraschung: „Wacker" schlug seinen Rivalen, den „Sportverein 98", ganz überlegen mit 9 : 2, ein Resultat, an das auch Schwarzseher in den Reihen der Sportvereinsanhänger nie geglaubt hätten. „Wacker" hat somit die Meisterschaft des Saalekreises errungen, die damit an die tatsächlich spielstärkste Mannschaft fällt, denn die 98er haben es in der Hauptsache durch Glück zu ihrer hohen Punktzahl gebracht. Die zweitbeste Mannschaft im Kreise repräsentiert der Sportverein sicherlich nicht.

Die übrigen Ligaspiele hatten gegenüber dem obigen wichtigen Treffen naturgemäß nur untergeordnete Bedeutung und sind lediglich nach Positionskämpfe. Es fehlte hier schon das Interesse, selbst bei den Spielern. „Favorit" hielt sich im Kampfe gegen den V. f. L.-Halle recht gut und vermochte gegen den Platzbesitzer mit 1 : 1 ein Unentschieden herauszuholen, zweifellos eine beachtenswerte Leistung. Das 3. Spiel,

V. f. L.-Merseburg gegen „Borussia"-Halle 1:3

konnten die Merseburger unter den gegebenen Verhältnissen beim besten Willen nicht gewinnen, während ihnen mit voller Mannschaft diese beiden Punkte nicht zu nehmen gewesen wären. So aber mußte der V. f. L. Merseburg: Matlik, Thon I, Schwarze und Pohl antreten, die sämtlich erkrankt sind. Da die Abwesen um Teil ganz plötzlich kamen, waren nur 10 Mann zur Stelle. Erst gegen Schluß ergänzte sich die Elf durch einen zufällig anwesenden Spieler der 4. Mannschaft. Es ist unter diesen Umständen anerkennenswert, daß sich die so stark geschwächte Mannschaft gegen die „Borussia", die in voller Stärke spielte, noch so gut hielt. Das Hauptverdienst fieram trugen Pätz, Scheunt und Thon II. Die Läuferreihe, sonst das Rückgrat der Elf, konnte auf die Dauer trotz der größten Aufopferung den feindlichen Sturm nicht halten. Thon II fehlte die nötige Unterstützung, um mit Erfolg durchbrechen zu können und Rost hatte keinen Verbindungsstürmer. Auf diese Weise können sich die „Borussen" wahrlich nichts zugute tun. Nicht scharf genug kann darüber die Ansetzung des ersten Filialsiegers der „Borussia", Hirschfeld, gegeißelt werden, der sich zu einer höchst unfairen Handlungsweise gegen Thon II hinreißen ließ, indem er absichtlich nachschlug. Mit solchen Leuten sollte die vorgesetzte Sportbehörde im Allgemeininteresse kurzen Prozeß machen und sie als Schädlinge unseres Fußballsportes unnachsichtlich ausmerzen. Sonst machte das Spiel einen durchaus guten Eindruck, zumal der Schiedsrichter Lippold sehr umsichtig seines Amtes walitete.

Das erste Tor fiel nach 22 Minuten. Die Hallenser hatten im ganzen mehr vom Spiel. Ihr wenig systemvolles Spiel und die aufmerksame Verteidigung des V. f. L. ließen es aber bis Halbzeit zu keinem weiteren Erfolge kommen. Nach dem Wechsel spielte Meißner eine Ecke unhaltbar ein, eine Glanzleistung. Thon II stellte dann durch einen hohen Schuß das Resultat auf 2 : 1, bis ein weiterer Erfolg der „Borussia" den dritten Erfolg brachte und damit ihren Sieg sicherstellte.

„Preußen" I gegen „Hohenzollern" I 1:1.

Das gestrige Verbandsspiel beider Vereine hatte seine Anziehungskraft auf das sportliebende Publikum nicht verfehlt und gelangte vor einer Riesen-Zuschauermenge zum Austrag. Über den Verlauf des Spieles kurz folgendes: Mit dem Anstoß der „Hohenzollern" beginnt der heiße Kampf und wogt auf und ab. Auf beiden Seiten entspinnen sich oft kritische Momente und vor den Toren beider Gegner entstehen mitunter geschickte Schüsse. In der 15. Minute gelingt es „Hohenzollern", den ersten Treffer zu erzielen. Die „Preußen" kommen jetzt in Schwung und stellen 5 Minuten später den Ausgleich unter lebhaftem Beifall des Publikums her. Bis zur Halbzeit keine Veränderung. Nach Halbzeit nimmt das Spiel teilweise sehr scharfe Formen an und die „Hohenzollern" setzen alles daran, um den Sieg an ihre Fahnen zu heften, jedoch die Hintermannschaft „Preußen" ist gut gewappnet und wehrt jeden Angriff sicher ab. Kurz vor Schluß kommt „Preußen" mehrere Male gut zum Angriff vor, der Sturm hat jedoch beim Schießen reichlich Pech und so gehen die beiden Rivalen mit einem Unentschieden auseinander. Das Spiel wurde von Herrn Biebach (V. f. L.) in korrekter Weise geleitet. Beide Mannschaften zeigten ein fast gleichwertiges Spiel. Bei „Hohenzollern" war die Verteidigung schwer zu überwinden. Die „Preußen" spielten diesmal ebenfalls gut, jedoch hatte man allgemein mehr erwartet, sie zeigten eben den rechten Eifer nicht, wie bei den letzten Spielen und müssen sich das für die Zukunft beherzigen. — „Preußen" II spielte gegen „Hohenzollern" II im Verbandsspiel ebenfalls unentschieden 0 : 0. „Preußen" war diesmal nicht in gewohnter Form und hätte besser abschneiden müssen. — „Preußen" III fertigte im Verbandsspiele Dölzener „Fortuna" III glatt mit 7 : 0 ab. Großartige Leistung. — „Preußen" V schlug „Germania" III im Gesellschaftsspiel ebenfalls glatt mit 8 : 0.

*

◆ Der Sportverein Halle 98 wird die Osterwoche in Süddeutschland weilen. Die Mannschaft spielt am Karfreitag in Hanau gegen 93, am 1. Ostersiertag in Mannheim gegen den V.f.R. und am 2. Feiertag in Worms.

*

◆ 12. Saale-Regatta in Halle. Die diesjährige 12. Saale-Regatta des Saale-Regattavereins ist auf Sonntag den 4. Juli festgesetzt worden. Der Sächsisch-Anhaltische Regatta-Verband Calbe a. S. hat den 20. Juni als Termin für seine diesjährige Regatta angesetzt.

Einsendungen aus dem Leserkreise.

(Unter Verantwortung der Einsender.)

Die Merseburger Bildungsabende.

„Einer für Viele" unterschreibt der Einsender in Nr. 51 eine Kritik an einzelnen Vorträgen der Merseburger Bildungsabende. Für „Eine" ist sicherlich von ihm zu viel gesagt, denn es gehört schon Überempfindsamkeit oder Einseitigkeit dazu, sich durch eine Redewendung wie: „Katholisch getauft, aber evangelisch gesinnt" gereizt zu sehen. Die Kritik an den Ausführungen des Herrn Prof. Bithorn ist erst recht unangebracht. Ich möchte sehr bezweifeln, ob der Einsender die behandelten schwierigen Stoffe besser und neutraler hätte darstellen können, als es geschehen ist. Es werden wohl die Meisten sein, die den Vortragenden richtig verstanden haben und tiefe Dankbarkeit für ihn empfinden. Zum Schluß möchte ich noch bezweifeln, ob der Einsender sich bei der Leitung der Bildungsabende bereit erklärt hat, einen Vortrag zu halten! Einer für wirklich Viele.

Vermischtes.

*' **Aufdeckung einer Riesenschiebung.** Die Augsburger Schleichhandelszentrale ist einer großen Schiebung mit Paraffin, Kerzen, Militärschuhschuhen, Salvarsan usw. auf die Spur gekommen. Einem Augsburger Großhändler, der angeblich auf das Angebot eingang, wurden von Schiebern je ein Waggon Militärschuhschuhe, Wickelschleinen, Weizenmehl, Schuhsohlen, zwei Waggons Kerzen sowie ¼ Waggon Salvarsan angeboten, wofür er bis 1000 Zentner Hafer. Der Großindustrielle verständigte die Kriminalpolizei, die als Scheinkäufer in Tätigkeit trat und vier der Hauptschieber bereits verhaftete. Die verschobenen Waren stellen einen Gesamtwert von 8 Millionen Mark dar. Es handelt sich um eine der größten Schiebungen, die bisher in Bayern aufgedeckt wurden.

* **Eine Schiebergesellschaft in Köln verhaftet.** Eine vielköpfige Schiebergesellschaft, die 700 Zentner der Stadt Köln gehörigen Weizen nach bergischen Städten verschobe, ist hier verhaftet worden. Die Empfänger waren Oberstadtsekretäre, Stadtsekretäre und Stadtverordnete, alles Mitglieder der U. S. P. D.

* **Schändung des Nationaldenkmals in Berlin.** Am Donnerstag früh wurde durch Beamte der Sicherheitspolizei festgestellt, daß bisläufiges Raubgesindel am Nationalbeerdmal vor dem Königlichen Schloß Bronzeteile abgeschlagen und gestohlen hat. An dem rechten Löwen wurde ein Bajonett und ein Säbel abgeschlagen, ein anderer Säbel heruntergebogen. An dem linken hinteren Löwen hat man Stücke von dem vorgelagerten Harnisch abgeschlagen, ein Bajonett und von der Bronzetrommel Spannbrüche abgebrochen und außerdem von der Jungfrau an der linken Seite des Denkmals einen Zweig abgebrochen. Die Kriminalpolizei hat sofort eine Untersuchung eingeleitet, jedoch bis jetzt ohne Erfolg.

* **Raubüberfall auf einen Kassierer in Berlin.** In der Zeit von 7½—7¾ Uhr war Mittwoch abend im Kontor des Berliner Spediteurvereinsbes Kassierer Jäger eben mit der Abrechnung fertig geworden, als er einen Mann und vier maskierten Personen überfallen wurde. Sie schossen zunächst einen Wachbund nieder, der auf sie zuspringen wollte. Dann wurden der anwesende Wächter Störsch und der Kassierer Jäger von den Burschen unter Feuer genommen, wobei der Wächter von drei Schüssen schwer verwundet wurde, während der Kassierer unverletzt blieb. Zum fordernten sie ihn auf, die Kasse herzugeben; als er damit zögerte, schossen sie nochmals auf ihn, ohne zu treffen. Dann raubten sie aus der Kasse 32 000 M und verschwanden mit ihrer Beute.

* **Eine Zeitung mit fünf Millionen Auflage.** Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer" macht über das Geschäftsergebnis der während des vorjährigen fehlgeschlagenen Pariser Druckerstreiks von den vereinigten Zeitungsverlegern herausgegebenen „Organ", „Vorwärts" und „Berliner Lokal-Anzeiger", die infolge nach Streikausbruch erschien und für 10 Cent. verkauft wurde, folgende näheren Angaben. Danach betrug die Auflage am ersten Tage 1 703 110 Exemplare; nach fünf Tagen stieg sie auf 3 528 880 und am Schlußtage des Streiks, dem 21. des Erscheinens der Einheitszeitung, betrug die Auflage annähernd fünf Millionen. Der Anzeigenteil war naturgemäß äußerst beschränkt. Der Reichspreis betrug 60 Pf. Er stieg hier aber sehr bald auf 50 Fr. und wurde zwei Tage vor der Beendigung des Streiks, am 29. November, auf 100 Fr. erhöht. Der Anzeigenteil der 21 Nummern hat einen Gewinn von rund 1½ Mill. Fr. abgeworfen. Dieser wurde von dem Office National de la Presse, das die Papierzuteilung an die Presse vornimmt als Beihilfe für die Auflagesziffern der einzelnen Zeitungen genau kennt, nach der Höhe der Auflage verteilt.

* **Hohe Weinpreise.** Aus Braubach a. Rh. (Reg.-Bez. Wiesbaden) wird geschrieben: Der hiesige Winzerverein hat letzter Tage seine 1919 er Ernte zu 25 000 M das Stück verkauft. Bei der Ablieferung der Trauben an den Winzerverein erhielten die Mitglieder für den Zentner 250 M und wurden als Nachzahlung nochmals 600 M für den Zentner. Bei diesen Verbeinsten ist die Nachfrage nach Weinbergen sehr groß. Überall sind nun wieder alte, bisher nicht bearbeitete Flächen in Arbeit genommen worden.

* **Die Schiedsgerichtsstelle in Luckenwalde.** Die Aufklärung der großen Metalldiebstähle in Döberitz und Jüterbog erfährt eine Fortsetzung durch die Entdeckung einer Schiebereiorganisation in Luckenwalde, die Messing, Kupfer und andere Metalle im Werte von mehreren Millionen Mark erbeutet hat. Über 50 Beteiligte wurden allein in Luckenwalde verhaftet.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Röhrer, für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitz; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ahmus, Berlin-Wilmersdorf, Lauenscher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma L. Röhrer in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200302-13/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Dom. Getauft: Walter Richard, S. d. Eisenbahnschmieds Richard Thieme; Gerda Margitta Brunhilde, T. d. Vize-Feldw. Oswin Stölzner; Elisabeth, T. d. Feldw. Paul Stiller. — Beerdigt: die Wm. Reinhardt geb. Senger, die Ehefrau d. Landesrats Dr. jur. Paul Albrecht Luise geb. Braun.

Stadt. Getauft: Heinz Werner, S. d. Bäckerm. Lange; Liselotte, T. d. Kaufm. Siebert; Otto Walter, S. d. Bäckermstrs. Neubert. — Getraut: der Mechaniker E. Br. Ohme m. Frau E. geb. Franke. — Beerdigt: der S. d. Lokomotivf. Wisjuba, der Drogeriebes. Atzel, der Friseur Horn, die Ehefr. d. Arb. Malcher, die Ehefr. d. Spark.-Rend. Eichler, der Invalid. Utgenannt; die Ww. Mollnau.

Neumarkt. Getauft: Erich Wilhelm, S. d. Steinbildh. Hausschild; Gerhard Albert Emil, S. d. Drogist. Engelhardt; Reinhard Georg, S. d. Ofensetz. Rimbach; Alma Hildegard, eine unehel. T. — Getraut: der Arb. H. B. Reinicke m. Frau O. geb. Weißmantel.

Jung. Kaufmann sucht
frdl. möbliertes Zimmer
zu sofort oder später. Offert. unter 531 an die Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer
von 2 Monteuren gesucht. Offert. an Volat, Dammichloß.

Einfach möbl. Zimmer
oder Schlafstelle zum 8. März gesucht, möglichst mit Mittag- und Abendkost. Merseburg od. Umgegend. Offert. unt. 542 an die Exped. d. Bl.

Schlafstelle
suchen 2 Gärtnergehilfen, auch einzeln bei guter Bezahlung. Off. unt. 543 an die Exp. d. Bl.

Wohnungstausch.
Stube, Kammer und Küche mit Werkstatt, Mitte der Stadt, geg. 2 Stuben, Kammer und Küche zu tauschen gesucht. Offert. unt. 544 an die Exp. d. Bl.

Wer tauscht
mit einer Wohnung von Merseburg nach Osendorf. Zu erfrag. Unter-Altenburg 31.

Laden
in bester Geschäftslage der Stadt sofort zu vermieten. Offerten an Ostermaier, Kleine Ritterstr. 12.

Grundstückverkauf.
Donnerstag, den 4. März d. J., nachm. 3 Uhr wird das den August Bock'schen Erben gehörige und in Runstedt Nr. 18, Bahnstation Frankleben, belegene Hausgrundstück, bestehend aus: Wohnhaus, Stallgebäuden, Scheune und Garten, im Gasthof zu Runstedt öffentlich meistbietend versteigert. Bedingungen im Termine. Die beiden Bestbietenden haben je 2000 Mark Bietungskaution zu hinterlegen.
Alb. Franke, beeid. Auktionator

Grundstücks-Verkauf.
Sonntag, den 7. März, vormittags 9 Uhr wird das den Friedrich Sachse'schen Erben gehörige, in Geiseltzhlitz Nr. 21 (Bahnstation Neumark-Bedra) gelegene Hausgrundstück, bestehend aus Wohnhaus, große Scheune, großer Garten, Pferdestall, Kuhstall und Schweinestall, 7 Morgen Ackerland an Ort und Stelle öffentlich meistbietend verkauft werden.
Die Erben.

Hausgrundstück
mit Garten, in Nähe Merseburg, ist durch mich sofort zu verkaufen. Albert Franke, Merseburg, Lindenstr. 11.

Wir suchen sofort
Grundstücke
jeder Art, Villen, Landhäuser, Hotels, Stadtgrundstücke usw. für kapitalkräftige Kaufsuchende bei jeder beliebigen Anzahlung, evtl. voller Auszahlung.
Iamoh.-Propag.-Gesellschaft
Berlin N 24, Friedrichstr. 131 D

Suche
Gasthof oder Hotel. Anzahlung kann bis 60000 Mk. erfolgen
Aug. Gebhardt,
Restaur. Reichskrone, Querfurt.

Fabrik oder Lagerraum
ca. 100 qm, sof. zu pachten ges.

Wohnhaus
(Neumarkt, Meuschau od. Amtshäuser) zu kaufen gesucht. Off. u. 508 in der Exp. d. Bl. abzugeb.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute vormittag 3 Uhr verschied sanft nach kurzem, schweren Leiden unser lieber guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Inspektor
Richard Müller
Ritter des E. K. II.

Merseburg, den 29. Februar 1920.

Im Namen der Hinterbliebenen:
San.-Rat Dr. Witte.

Trauerfeier am Mittwoch, den 3. März, nachm. 3 Uhr in der Kapelle des Stadtfriedhofes.
Von Trauerbesuchen bitten wir abzusehen.

Sonnabend abend 10 Uhr verschied unsere liebe Tochter und Schwester
Frieda
im Alter von 17 Jahren. Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme schmerzerfüllt an
Familie Ernst Zorn.
Merseburg, den 1. März 1920.
Die Beerdigung findet Dienstag, den 2. März, nachm. 4 Uhr vom Krankenhause aus statt.

Statt Karten.

Die Trauerfeier unseres lieben Entschlafenen, des Drogeriebesitzers
Herrn Kurt Atzel
findet Dienstag früh 11 Uhr in der Kapelle des Stadtfriedhofes statt, daran anschließend Ueberführung nach Halle zur Einäscherung.
Merseburg, den 1. März 1920.
Im Namen der Hinterbliebenen;
Anna Atzel geb. Brühns.
Hugo Atzel.

Für die unseren Herzen so wohltuende Anteilnahme bei dem Heimgange unserer teuren Entschlafenen sagen wir nur auf diesem Wege unsern
aufrichtigsten Dank.
Merseburg, den 29. Februar 1920.
Rudolf Eichler, Sparkassen-Rendant i. R., und Kinder.

Vereinigte V.T. Theater

Kammer-Lichtspiele ✱ Modernes Theater

Kleine Ritterstraße Nr. 3 ✱ Telephon 529 ✱ Große Ritterstraße Nr. 1

Spielfolge ab 2. März 1920:

1.
Hexengold
Romanfilm in 5 Akten mit Edith Müller

2.
Wenn das Leben nein sagt
Drama in 5 Akten mit Hilde Werner

Anfang 6 Uhr

1.
Taumel
Filmschauspiel in 6 Akten mit Hedda Vernon

2.
Homo sum (Mensch bin ich)
Kulturbild in 5 Akten mit Rita Clermont und Walter Schmidthässler

Anfang 4½ Uhr

Wegen Trauerfeier bleibt mein Geschäft Dienstag von 10—3 Uhr
geschlossen.
Adler-Drogerie.

Dr. A. Rühle. : Halle a. S., : Schillerstr. 10—11.
Heilanstalt zur klinischen Behandlung schwerer Neurosen, organischer Erkrankungen des Nervensystems und chronischer Krankheiten mit vorwiegend nervösen Symptomen. Tel. 6817.

Zwei gut erhalt. braune Zeltbahnen und einen feldgr. Rock z. kauf. ges. Off. unt. 545 a. d. Exp. d. Bl.

Photo-Apparat
Größe 13×18 oder 10×15, mit oder ohne Ausrüstung, zu kaufen gesucht. Offert. m. Preisangabe unter 540 an die Exped. d. Bl.

Ein abgetragener Mili-ärmantel u. Hose zu kauf. gesucht. Offert. unter 547 an die Exped. d. Bl.

Aelt. Kleiderschrank
zu kaufen gesucht. Offert. unt. 549 a. d. Exp. d. Bl.

Nachruf.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verschied am 27. Februar unser lieber Arbeitskollege, der Schlosser
Karl Fiedler.
Wir verlieren in ihm einen kameradschaftlichen, lieben und lebensfrohen, allzeit hilfsbereiten Kollegen. Sein Andenken wird uns unvergesslich bleiben.

Die Arbeiter der Betriebsschlosserei M. 39.
Amoniakwerk Merseburg.

Fleischverkauf auf der Freibank
findet am 2. März 1920
norm. von 8—9 Uhr auf die Nummern 3676—3775 statt.
Merseburg, den 1. März 1920. L A I 230/20.
Das städtische Lebensmittelamt.

Ausgabe von Mager- und Buttermilch
vom Montag, den 1. März 1920 ab in sämtlichen Milchverkaufsstellen auf das Feld Nr. 1 der neuen Magermilchkarte.
Die Verkaufsstellen haben das zur Belieferung freigegebene Feld durch von außen deutlich sichtbaren Aushang an der Verkaufsstelle bekanntzugeben.
Der Magistrat macht von Fall zu Fall öffentlich bekannt, sobald die nächste Nummer der Magermilchkarte beliefert werden kann. Unter keinen Umständen darf das nächstfolgende Feld der Magermilchkarte beliefert werden, solange noch Kunden auf das vorhergehende Feld noch nicht beliefert sind.
Merseburg, den 28. Februar 1920.
Das städtische Lebensmittelamt. LA II 525/20.

Betr. Elternbeiratswahl an der Mittelschule Merseburg.

Die Kandidatenliste für die Elternbeiratswahl ist im Flur des 2. Stockes der Knaben-Mittelschule öffentlich ausgehängt. Die Wahl selbst findet am Sonntag, den 7. März d. J., von 12 bis 1 Uhr mittags im Lehrerzimmer daselbst statt.
Merseburg, den 28. Februar 1920.
Der Wahlvorstand.
J. A.: Weber.

Bäckerei-Inventar!
1 Gerkasten, Kuchenkuchenformen, 1 Partie Semmel-Trögel, eiserne Schragen usw. verkauft
Bäckerei Kämmerer
bei Neumark-Bedra.
Ferner stehen daselbst 2 Ladentische, mehrere eiserne Bettstellen, Dezimalwage sowie 2 fast neue Räder, 1 Achse und 2 Federn (passend für einen zweirädrigen Handwagen — Frühstückswagen) zum Verkauf.

Gehrock
für mittlere Figur zu kauf. ges. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Dunkelgrüner Anzug,
neu, mittlerer Größe, zu verkaufen. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Fast neuer Gehrockanzug
(für größere Person)
schwarzes Kostümjackett
(für junges Mädchen)
zu verk. Hallesche Str. 55, I. l.

Ein hellgraues Mantelkleid und grauer Rockanzug
beides fast neu, zu verkaufen
Annenstraße 35, 1 Tr., r.

Ein Paar gute Langstiefel (Größe 43), eine Kinder-Bettstelle sind billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Schwarze Herrenstiefel
(Gr. 40) neu sowie
dunkelblauer Bordenhut
neu für junges Mädchen passend, preiswert zu verkaufen. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

1 Paar neue Herrenschuhe (Nr. 44) sowie 2 neue Kinderkleider (für 1½- bis 2jähr. K. pass.) zu verkaufen. Zu erfragen i. d. Exped. d. Bl.

Ein Kinderholzbettchen
zu verkaufen Fischerstr. 20, 2 T.

Eine gut erhaltene Nähmaschine und 1 Paar Kinderschuhe (Gr. 32) z. verk. Seitenbeutel 17 (Eaden).

Photogr. Apparat
9×12 mit Zubehör zu verkaufen Köthschen Nr. 68 d, 1 Tr.

2 Mistbeete mit Fenstern
zu verkaufen Meuschau Nr. 69.

Pflaumen-Bäume
zur Frühjahrspflanzung.

1 Fuhre Langstroh, rote und gelbe Speisemöhren
sind abzugeben Bischdorf Nr. 4.

Gutes Arbeitspferd
(Stute) zu verkaufen
Leuna Nr. 21/22.

Eine tragende Ziege
zu verkaufen Ober-Beuna 7.

Zuchteber
steht zur Benutzung
Fritz Erfurt, Globikauer Str. 5.

Alte Gleich- und Drehstrom-Motore
kauft und zahlt die höchst. Preise. Gefl. Offerten erbitet
W. Schnell, Zivil-Ingenieur, früherer Betriebsleiter des städt. Elektriz.-Werkes
Stuttgart, Calwerstraße 9, 3 Tr.

Bekanntmachung.

Meine Bekanntmachung vom 21. November 1919 wird mit Wirkung vom 1. März d. J. ab dahin geändert, daß bei sämtlichen Stromabnehmern der
Motoren-Betrieb
nur in der Zeit von abends ½7—8 Uhr unterbleiben muß.
Um eine möglichst gleichbleibende Belastung zu erzielen, soll der elektrische Dreschbetrieb auch in den Frühstücks- und Mittagspausen und auch an Sonntagen durchgeführt werden.
Halle a. S., den 28. Februar 1920.
Der Vertrauensmann
des Reichskommissars für die Kohlenverteilung für das Versorgungsgebiet d. Ueberlandwerkes Saalkreis-Bitterfeld.
Dr. Ing. E. Fleig.

Brennholzverkauf

Am **Mittwoch**, den 3. März, nachmittags von 4—6 Uhr sollen etwa 60 Haufen Brennholz
am Saaledamm beim Rittergut Werder
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden.

Achtung!

Landwirte, Fuhrwerksbesitzer!

Hierdurch bitten wir alle Anlieger der Weißenfelser Straße, alle Fuhrwerksbesitzer und Landwirte, die tagtäglich die Weißenfelser Straße benutzen, und sonstige Interessenten, sich wegen Stellungnahme betr. der Legung des zweiten Gleises der Fernbahn Merseburg-Mücheln am
Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr
im „Ratskeller" zu einer
Besprechung
einfinden zu wollen. Mehrere Interessenten.

---

50 Mark Belohnung.

Vom 18. zum 19. 2. wurden auf der Kalteneiser Straße km 1,0 bis 1,3, Flur Trebnitz, 3 junge Apfelbäume entwendet. Wer den Täter namhaft macht, erhält obige Belohnung.
Weißenfels, den 23. Februar 1920.
Der Vorstand des Landesbauamts.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200302-13/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 52. Dienstag den 2. März 1920. 46. Jahrg.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 28. Februar.

Die zweite Beratung des Entwurfes eines Reichseinkommensteuergesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Feil (Soz.): Wenn das alte Regime von Beginn des Krieges an eine ehrliche Steuerpolitik betrieben und das Kapital angemessen belastet hätte, wenn Herr Helfferich seine Bankrottpolitik getrieben hätte, so brauchten wir nicht seine Vorlage auszufassen. Die Sozialdemokraten haben schon damals eine Kriegsgewinnsteuer gefordert, ebenso den Ausbau der Erbschaftssteuer. Die Steuer muß aber dem Druck der Verhältnisse folgend, in der vorliegenden Form herabsichtlich werden.

Abg. Pohlmann (Dem.): Es fehlen alle Voraussetzungen für die Aufstellung eines genauen Etats, weil die gesamte Volkswirtschaft sich in einem fast unübersehbaren Zustand befindet. Denn es kommt weniger auf die Art der Besteuerung an, als darauf, festzustellen, welche Steuerhöhe von der Volkswirtschaft ertragen werden kann. Die bestehende Arbeitszeit muß voll ausgenutzt werden, die Arbeitslosenunterstützung neu geregelt werden. Immerhin muß jetzt unsere erste Sorge sein, die Kassen des Reiches zu füllen, denn das Reich braucht das Geld, und so müssen wir die Steuergesetze bewilligen. Nur eine gute aktive auswärtige Politik kann uns aus den wirtschaftlichen und finanziellen Nöten retten.

Abg. Dr. Dürenger (Zn.): Vom taktischen Standpunkt aus sind wir Gegner der gegenwärtigen Regierung, zu der wir kein Vertrauen haben. Wir lehnen es daher ab, den Männern, die am Ruder sind, eine solche Fülle von Macht zu übertragen, wie sie diese Steuergesetze mit sich bringen. Sachlich haben wir an ihnen mitgearbeitet, aber die Verantwortlichkeit für diese Steuern tragen die Mehrheitsparteien. Das Attentat auf Erzberger haben wir verurteilt. Aber empörend war es, wie meiner Partei der Attentäter angehängt wurde. Die Steuergesetze im ganzen sind für uns unannehmbar.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vpt.): Die Finanzpolitik Helfferichs war diktiert von dem Gefühl, das wir damals alle teilten, dem, daß wir siegen würden. Zentrum und Demokraten haben der damaligen Finanzpolitik zugestimmt. Länder und Gemeinden müssen gegenüber dem Reich zurückstehen. Damit müssen wir uns abfinden.

Abg. Herold (Ztr.): In dieser schweren Zeit sollte keine Partei die Verantwortung für die geschaffenen Gesetze ablehnen. Den Etat haben wir auch während des Kulturkampfes nicht abgelehnt.

Abg. Dürr (U. S.): Das steuerfrei gelassene Existenzminimum und die Staffelung nahmen keinerlei Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse. Die Teuerung wird immer weiter steigen. Die kapitalistischen Grundlagen des Staates sind die alten, und so entfernt man sich immer mehr vom sozialistischen Standpunkt.

Paragraph 1 wird angenommen. — Fortsetzung: Montag 1 Uhr.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 28. Februar.

Der Antrag Porsch (Ztr.) auf Einführung eines hauswirtschaftlichen Pflichtjahres für Mädchen geht an den Ausschuß für Handel und Gewerbe.

Zur Beratung steht die Mitteilung der Regierung vom 4. November 1919 über die Behandlung der Arbeiterlohnfragen bei der Eisenbahnverwaltung. Der Ausschuß beantragt, den in der Sache ergangenen Schiedsspruch abzulehnen.

Abg. Dallmer (Zn.): Wir lehnen den Ausschußantrag ab. Als Oppositionsparteien haben wir keinen Anlaß, so schwere Fehler der Regierung und der Mehrheitsparteien durchgehen zu lassen.

Abg. Paul Hoffmann (Soz.): Wenn Sie jetzt den Schiedsspruch ablehnen, so fügen Sie den Eisenbahnarbeitern ein neues Unrecht zu.

Abg. Riebel-Charlottenburg (Dem.): Die Deutschnationalen werfen sich hier zu Helfershelfern der Unabhängigen auf.

Der Ausschußantrag wird gegen die Deutschnationalen und Unabhängigen angenommen. Der Antrag Husemann (Soz.) auf Unterbringung der aus den linksrheinischen Gebieten ausgewiesenen Bergarbeiter in rechtsrheinischen Beleaghäusern und auf ihre staatliche Unterstützung durch Beistellung von Beihaftsmitteln der nötigsten Bedarfsartikel oder zur Gründung eines neuen bescheidenen Hausbalts wird einstimmig angenommen. Ebenso der Antrag Busch (Ztr.), bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß der 150 M betragende Ehrensold der Kriegsveteranen von 1870/71 den Zeitverhältnissen entsprechend erhöht wird, ferner mit großer Mehrheit ein Antrag Heß (Ztr.) auf Gewährung von Vorschüssen an die Gemeinden im besetzten Gebiet.

Es folgt die Beratung des Entwurfs der endgültigen Geschäftsordnung der preußischen Landesversammlung. Der Entwurf nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen. Die wesentlichen Änderungen gegen die Geschäftsordnung des früheren Abgeordnetenhauses sind die Verkürzung der namentlichen Abstimmung durch Abgabe von Stimmkarten und die Beschränkung der Geschäftsordnungsreden auf die Dauer von fünf Minuten nach dem Muster der Geschäftsordnung des Reichstages. Für bestimmte Beratungsgegenstände kann das Haus auf Dreiviertel-Mehrheitsantrag des Altestenausschusses von Fall zu Fall Begrenzungen der Rededauer beschließen. Das in der Reichstagsgeschäftsordnung vorgesehene Recht der Mitglieder, vor jeder Abstimmung die Beschlußfähigkeit des Hauses zu bezweifeln, ist mit der Beschränkung aufgenommen worden, daß vor einer Schlußabstimmung in dritter Lesung von mindestens 15 Abgeordneten die Feststellung der Beschlußfähigkeit verlangt werden kann. Die neue Geschäftsordnung tritt am 15. März in Kraft.

Montag 12 Uhr: Anträge.

Provinz und Umgegend.

h. Zeitz, 1. März. Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich zunächst mit der Verhaftung des Stadtverordnetenvorstehers Drechsler (U. S. P.). Die Sozialdemokraten beantragten, die Haftentlassung Drechslers vom Justizminister zu erwirken. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Weiter wurde die Einführung der Einheitsschule zum 1. April dieses Jahres beschlossen. Der Antrag der Bürgerlichen, die Einheitsschule hinauszuschieben, wurde abgelehnt. Für Kinder bedürftiger Eltern sollen 20000 M zur Beschaffung für Bücher, Schulhefte usw. zur Verfügung gestellt werden.

† Osterfeld, 28. Febr. Der erste Taubenmarkt war recht gut besucht und die Beschickung mit Rassetauben eine äußerst zahlreiche. Etwa 5000 Tauben waren auf dem Markte zum Verkauf gestellt. Der höchste Preis für das Paar betrug 120 M. Der Verkehr war äußerst zäge und der Handel ging glatt von statten.

† Magdeburg, 28. Febr. Seit einigen Tagen hat in Magdeburg die Zwangswirtschaft in der Wohnungsverteilung eingesetzt. Die Erteilung der Hausbesitzer über die Verfügung des Wohnungsamtes ist verständlich: wie notwendig andererseits die Generalverfügung ist, ersieht daraus, daß sich in Magdeburg allein 2000 Wohnung suchende Familien befinden. Insolgedessen werden selbst Verbote vom Wohnungsamt nicht als dringend Wohnungsuchende anerkannt. Das neue Verfahren bedingt ferner, daß alle Kündigungen des Vermieters beim Mieteinigungsamt anhängig gemacht werden müssen, auch Aftermieter können insolgedessen nicht ohne Einwilligung des Mieteinigungsamtes ausquartiert werden. — Es bleibt in Magdeburg beim 25 ₰-Tarif. Das Landgericht hat den beiden Parteien, der Straßenbahn und der Stadt, das Urteil nunmehr zugestellt. Wie einstehend das Gericht die Frage des 25 ₰-Tarifes gewürdigt hat, geht daraus hervor, daß das Urteil 30 Schreibmaschinenseiten umfaßt. Aus der Urteilsbegründung ist besonders erwähnenswert, daß ein Unternehmen des öffentlichen Interesses nicht in den Taumel der allgemeinen Preissteigerung hineingerissen werden dürfe, ja, daß die Aktionäre des Unternehmens im Interesse der Allgemeinheit unter Umständen an Verluste tragen müßten. Sie könnten das um so leichter, als die Straßenbahn bisher stets eine Dividende gebracht habe, die die von den übrigen Straßenbahngesellschaften durchschnittlich ausgeschüttete Dividende nicht unerheblich überstiege.

† Dessau, 28. Febr. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend drangen Einbrecher in ein Optikergeschäft an der Kerbster Straße hierselbst ein und stahlen optische Artikel im Gesamtwerte von über 34 000 M. Von den Dieben fehlt noch jede Spur. Wenige Nächte vorher waren in einem Uhrengeschäft in derselben Straße für 2000 M silberne Broschen gestohlen worden. Aus einer Bodenkammer eines Hauses an der Wolfgangstraße wurden für 1000 M Wäsche, aus einem Fahrtraum an der Wilhelmer Straße ein 2 PS-Drehstrommotor entwendet. Auch in den letzteren Fällen kennt man die Diebe noch nicht.

† Gotha, 28. Febr. Die Landesregierung macht bekannt, daß das den Kommunalverbänden zu liefernde Brennholz folgende Preiserhöhungen übersteigen darf: 1 Raummeter gutes Scheitholz, weich, 30 M, hart 45 M, geringes Scheitholz 22 oder 35 M, gutes Prügelholz 12 oder 25 M, 100 Wellen gutes Astreisig 20 oder 33 M, gutes Durchforstungsreisig 25 und 40 M, geringes Durchforstungsreisig 20 und 33 M, 1 Raummeter Rodestöcke 21 und 26 M. Außerdem sind etwaige Rückfuhrkosten zu zahlen.

† Rudolstadt, 28. Febr. Die Vorbereitung der Vereinigung der gothaischen und weimarischen Städte Ruhla zu einer Gemeinde war am Sonnabend Staatsminister von Brandenstein aus Gera als Mitglied des Staatsrates von Thüringen hier anwesend, um mit anderen Staatsvertretern und Gemeindevertretern die Vorbesprechungen stattzufinden. Man rechnet mit der Zusammenlegung noch für das kommende Frühjahr. Jedes der beiden Stadtgebiete zählt über 4000 Einwohner, die der Erbstrom trennt.

† Sonneberg, 28. Febr. Einen Betrag von insgesamt rund 50 000 M veruntreut hat die 25jährige Beamtin Wolfram aus Blankenburg, tätig beim Postamt in Hüttensteinach. Sie schmuggelte falsche Postanweisungen und Zahlkarten ein. Die Waren, die sie auf Grund dieser falschen Anweisungen erhielt, ließ sie bei den Firmen abholen. Nach ihrer Verhaftung entsprang die Täterin, wurde jedoch am nächsten Morgen wieder ergriffen.

† Leipzig, 1. März. Mord auf Sommerfelder Flur. Am Sonnabend den 28. Februar, vormittags gegen 11 Uhr, wurde auf Sommerfelder Flur die Leiche einer etwa 30jährigen Frau aufgefunden. Die Leiche wies zwei Verletzungen an der Stirn und drei Stichwunden in der Brust auf. Ein Lustmord scheint nicht ausgeschlossen. Zwischen dem Täter und seinem Opfer muß ein heftiger Kampf stattgefunden haben, denn die Ermordete wies außer den bereits genannten Verletzungen an der Hand mehrere, anscheinend von einem Messer herrührende Stichverletzungen auf. Auch der zerbrochene Schirm der Ermordeten läßt auf einen Kampf schließen. In einem schwarzledernen Geldtäschchen trug sie 55 M in Papiergeld bei sich; außerdem hatte sie in einer Wandtasche einen schwarzen Schleier und zwei Haarunterlagen. Durch Erörterungen am Tatorte wurden zwei Fußspuren gefunden, und zwar eine, die wie festgestellt wurde, von der Ermordeten, und eine von einem Mann herrührend, die von Paunsdorf aus querfeldein in der Richtung nach Taucha bis zur Auffindungsstelle führte.

Merseburg und Umgegend.

1. März.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Hauptblatt.)

** Viehzählung am 1. März. Durch die Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 14. Januar und auf Grund des § 2 der Bekanntmachung vom 30. Januar erstreckt sich die am 1. März in Preußen stattfindende vierteljährliche Viehzählung auf Pferde (ohne Militärpferde), Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen und Federvieh (Gänse, Enten, Hühner und Truth- und Perlhühner). Die Durchführung der Viehzählung ist der Postzivilverwaltung übertragen worden. Es wird erwartet, daß die Beteiligten ihre Meldepflicht im vaterländischen Interesse erfüllen werden. Die Außerachtlassung der Pflicht ist mit Strafe bedroht.

** Zum Schutze des Handwerkes. Die demokratische Fraktion der Preußischen Landesversammlung hat folgende förmliche Anfrage Dr. Friedberg-Ducker und Genossen gestellt: Ist der Staatsregierung bekannt, daß vielfach von Staatsarbeitern, -angestellten und -beamten gewerbsmäßige Privatarbeiten (sogenannte Pfuschearbeiten) in erheblichem Umfange ausgeführt werden. Hierdurch wird dem schwer ringenden Handwerkerstande eine außerordentliche unlautere Konkurrenz gemacht, und es tritt eine Vergeudung der spärlich vorhandenen Rohmaterialien ein. Ist die Staatsregierung bereit, durch Erlaß allen Staatsbeamten und Staatsarbeitern gewerbsmäßige Nebenarbeiten jeder Art zu untersagen? — Ausdrücklich muß hervorgehoben werden, daß es sich lediglich um ein Verbot gewerbsmäßiger Nebenarbeiten handeln soll.

** Nachnahmesendungen nach dem Auslande. Die Oberpostdirektion teilt mit: Die Nachnahmebeträge auf Briefsendungen nach dem Auslande werden von den Absendern oft so niedrig bemessen, daß sie im Bestimmungslande zur Begleichung der Einziehungs- und Postanweisungsgebühr nicht ausreichen. Da solche Sendungen von den fremden Postverwaltungen zurückgesandt werden, liegt es im Interesse des Publikums, darauf zu achten, daß von dem auf der Sendung angegebenen Nachnahmebetrage die oben erwähnten, in der Währung des Bestimmungslandes zur Erhebung kommenden Gebühren abgezogen werden. Ebenso erwachsen den Absendern von Postaufträgen und Briefsendungen mit Nachnahme nach dem Auslande häufig dadurch große Verluste, daß sie der Umrechnung der einzuziehenden Beträge in die fremde Währung irrtümlicherweise den Einzahlungskurs für Postanweisungen aus Deutschland nach dem Bestimmungslande der Postaufträge oder der Nachnahmen zugrunde legen und insolgedessen den einzuziehenden Betrag meist zu niedrig auf der Sendung angeben. Die Umrechnung kann selbstverständlich nur nach dem Einzahlungskurs für Postanweisungen aus dem fremden Lande nach Deutschland erfolgen. Dem Publikum wird dringend empfohlen, hierauf zu achten. Die Postanstalten sind angewiesen, die Kurse, soweit sie ihnen bekannt sind, bei Nachfragen mitzuteilen und dem Publikum nötigenfalls bei der Umrechnung behilflich zu sein.

** Drahtlose Sicherungsvorrichtung für Eisenbahnzüge. Das Überfahren von Streckensignalen auf den Eisenbahnen hat oft schon unsagbares Unglück zur Folge gehabt. Nun ist jetzt von der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie (Telefunken) eine Vorrichtung geschaffen und ausgeprobt worden, die das Lokomotivpersonal rechtzeitig auf ein zu beachtendes Streckensignal aufmerksam machen soll, also geeignet ist, viel zur Vermeidung derartiger Unfälle beizutragen. Die ganze Einrichtung ist äußerst einfach und zuverlässig. Sie besteht in einem kleinen unter der Lokomotive befestigten Röhrenkessel, der mit einer im Lokomotivstand angebrachten Signalvorrichtung (Hupe und Lampe) verbunden ist. Fährt die Lokomotive über das Haltesignal, so wird die Signalvorrichtung im Führerstand in Betrieb gesetzt. Die Hupe ertönt und die Lampe leuchtet auf, und zwar solange, bis der Lokomotivführer die Signale durch einen Druck auf einen Abstellknopf zum Schweigen zwingt. Erlöschen bringt. Es ist also ganz ausgeschlossen, daß das Signal überhört wird oder unbeachtet bleibt. Der Lokomotivführer weiß nun aber, daß sich zunächst vielen Metern ein Streckensignal zu passieren ist, und kann seine ganze Aufmerksamkeit darauf verwenden, rechtzeitig bei Nebel und Sturm die Fahrgeschwindigkeit aus Zugs rechtzeitig zu vermindern, daß ein gefahrvolles Überfahren des Streckensignals auf alle Fälle vermieden wird. Die Einrichtung bedarf keiner besonderen Bedienung seitens des Lokomotivpersonals und ist so konstruiert, daß ein Versagen des Gerätes während der Fahrt ausgeschlossen ist.

** Neue Telegramme. Ein neuer erhöhter Tarif für Telegramme tritt am 1. März in Kraft. Innerhalb Europas kostet dann in Deutschland das Wort 10 ₰, nach Deutsch-Österreich und der Tschechoslowakischen Republik 20 ₰, nach den Niederlanden 55 ₰, nach Belgien mit Einschluß der vormalig preußischen Kreise Eupen und Malmedy und nach Dänemark 70 ₰, Frankreich, Polen und Schweden 85 ₰, nach Norwegen 90 ₰, nach Italien und Ungarn 1 ℳ, nach Jugoslawien 1,05 ℳ, nach Finnland und Rumänien 1,15 ℳ, nach Großbritannien 1,45 ℳ, nach Bulgarien 1,65 ℳ, nach Griechenland 1,70 ℳ, nach Island und Portugal 2,10 ℳ, nach Spanien 2,50 ℳ, nach Portugal 2,70 ℳ, nach Island 2,75 ℳ. Nach den Vereinigten Staaten von Amerika gehen die Sätze für Funk- und für Kabeltelegramme von 7,60 ℳ bis zu 20 ℳ das Wort, nach Brasilien 9,20 ℳ bis zu 28,75 ℳ, nach Mexiko von 10,60 ℳ bis 15,40 ℳ, nach Peru von 15,85 ℳ bis 18,50 ℳ; ferner nach Japan 20,80 ℳ, nach China 18,85 ℳ und 20 ℳ.

Arbeit adelt.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

12. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Nein, zum Scherzen ist mir nicht zu Mute! Und ganz ehrlich — der Gedanke an die schmutzige Wäsche hat auch mich eine Weile irritiert. Aber dann habe ich mich selbst beim Schopf genommen und an die fleißigen Hände gedacht, die diese schmutzige Wäsche in saubere verwandelt haben. Ich sah im Geiste, wie Fritz damals, als er aus seiner Ohnmacht erwachte, ganze Stöße sauberer, reiner Wäsche sah; ich dachte an meine Frau, die an großen Waschtagen in Lemkow zuweilen selbst mit zugriff, um das nasse Linnen auf dem Bleichplatz auszubreiten. Sie war immer guter Laune, meine Ulrike, und einmal sagte sie mir: „Es ist ein so fröhlicher Gedanke, daß es Seife und Wasser gibt, um allen Schmutz fortzubringen.“ Und siehst du, so habe ich mich schnell mit dem Gedanken an die schmutzige Wäsche ausgesöhnt. Ich sah im Geiste diese frisch-frohe, resolute Frau Grete, vor Sauberkeit blitzend, am Bügeltrett stehen, und sah, wie sie sich mühte, einen Lossow vom Untergang zu retten. Da hat das alles seine Schrecken für mich verloren. Mache es ebenso, Kuno. Denke an die reine Wäsche — nicht an die schmutzige!“

„Das kann ich nicht, Onkel Heribert, ob rein oder schmutzig, es kommt auf eines heraus. Es kann keine Gemeinschaft geben zwischen Fritz und uns. Ich kann meinen Kindern nicht zumuten, sich verwandtschaftlich zu den Kindern einer Wäscherin zu stellen.“

Heribert von Lossow erhob sich.

„Nun gut, so tue, was du willst. Ich werde tun, was ich für recht halte und was mein Herz mir eingibt.“

Damit mußte sich Kuno zufriedengeben. Bedrückt machte er sich auf den Heimweg.

Frau Helene war außer sich, als sie das Ergebnis dieser Unterredung vernahm.

„Onkel Heribert wird kindisch; er ist nicht mehr zurechnungsfähig“, sagte sie zitternd vor Entrüstung.

„Ja, dieses Empfinden hatte ich auch“, erwiderte Kuno. „Wenn man nur wüßte, ob er schon ein Testament gemacht hat.“

Frau Helene zuckte die Achseln.

„Wer weiß! Jedenfalls hat er es schon vor Jahren gemacht, dann bist du gewiß der Haupterbe. Wenn sich aber dein Bruder mit seiner Familie erst in Lemkow einnistet, dann wird er den kindischen alten Herrn schon bearbeiten, daß er ihm Vorteil setzt. Dann können wir noch von Glück reden, wenn du zu gleichen Teilen mit deinem Bruder erbst. Ach, ich wollte, Onkel Heribert stürbe, ehe dein Bruder nach Deutschland kommt!“

Kuno seufzte tief auf.

„Er ist noch so rüstig!“

„Leider!“ entfuhr es Helenes Lippen.

Sie sahen sich eine Weile an, und in ihren Augen lag der starke Wunsch, daß Heribert von Lossow sterben möchte.

Nach einer Weile fuhr Frau Helene fort:

„Das Schlimmste ist, daß wir es mit Onkel Heribert nicht verderben dürfen. Wenn wirklich dein Bruder zu ihm nach Lemkow kommt, dann sind wir gezwungen, mit ihm zu verkehren.“

„O nein! Wer will mich dazu zwingen?“ rief Kuno heftig.

Sie sah ihn seltsam an.

„Die Klugheit, mein lieber Kuno“, sagte sie mit überlegenem Ausdruck und legte ihre Hand auf seinen Arm. „Oder willst du von ferne ruhig zusehen, wie dein Bruder sich bei Onkel Heribert einschmeichelt? Wir können den alten, kindischen Mann doch nicht dem Einfluß deines Bruders überlassen! Was soll denn daraus werden?“

Kuno strich nervös seinen Scheitel.

„Ja — hm — das ist ja — aber bedenke doch, Helene, das — das geht doch nicht, daß wir mit Fritz verkehren!“

Sie zog die Augenbrauen hoch.

„Ja, ein Genuß wird das freilich nicht. Aber überlege es dir einmal in Ruhe; dann wirst du einsehen, daß wir in den sauren Apfel beißen müssen — wenn Onkel Heribert nicht das Zeitliche segnet, ehe dein Bruder nach Deutschland kommt. Jedenfalls halte ich es unter den obwaltenden Umständen für nötig, Botho und Gitta einzuweihen.“

*

Botho von Lossow war daheim angekommen. Er war das getreue, verjüngte Abbild seines Vaters. Gleich diesem geistig und körperlich von Mutter Natur nicht sonderlich reichbedacht, aber ausgestattet, war er der Typ eines mäßig begabten, dafür aber sehr hochmütigen und anspruchsvollen Gardeleutnants. Er sprach sehr gesziert und pflegte mit einer greulichen Grimasse das Monokel ins Auge zu klemmen.

Seine eckigen Bewegungen hatten etwas Steifes, Unjugendliches, und seine schlaffen Züge verrieten zur Genüge, daß er sich mehr, als ihm gut war, ausgelassen schien.

Mit seinen Eltern verkehrte er in korrektem Höflichkeitston ohne Wärme und Herzlichkeit; über seine Schwester pflegte er wie über etwas Unwichtiges, Unbedeutendes hinwegzusehen.

Sein Vater hatte ihn zunächst mit Vorwürfen empfangen, daß er schon wieder Geld brauche. Kuno von Lossow war überhaupt in gereizter, schlechter Stimmung, und auch die Mutter zeigte sich weniger zugänglich als sonst.

„Was ist hier nur los, Gitta? Ist ja ‘ne schauerlich gereizte Atmosphäre in Lossow! Wehhalb haben denn die Eltern so greuliche Laune?“ fragte Botho seine Schwester.

Gitta zuckte die Achseln, sie war im Mitleid, denn sie wartete auf das Vorführen ihres Pferdes; sie hatte von dem Ausguck an der Parkmauer aus Boron Lindek auf dem Weg nach Lemkow reiten gesehen. Nun hatte sie Eile, ebensalls nach Lemkow zu kommen.

„Ich weiß es nicht, Botho. Aber mir ist es auch schon seit einigen Tagen aufgefallen, daß die Eltern nervös und gereizt sind. Ich dachte, du wärst schuld.“

„Ich? Na, erlaube mal — wieso denn ich?“

„Gott ich dachte, du brauchtest wieder einmal zu viel Geld!“

„Unsinn! Daran liegt diese Gemütsstimmung nicht. Hätte ich das geahnt, wäre ich in Berlin geblieben.“

„Ich denke, du bist nur wegen des Gartenfestes in Trassenfelde gekommen?“

„Na ja — in der Hauptsache natürlich deshalb. Aber man will doch wenigstens im Hause seinen Frieden haben. Wohin willst du denn jetzt?“

„Nach Lemkow.“

„Also dem olle Meergreis? Hm — wenn ich das vorher gewußt hätte, wäre ich mitgekommen.“

Kamerad trug Gitta aber gar kein Verlangen.

„Du kannst ja morgen hinüberreiten.“

Gittas Pferd wurde vorgeführt.

Lässig half Botho der Schwester in den Sattel.

„Bestelle eine Empfehlung von mir an den Alten in Lemkow und melde meinen Besuch für morgen an“, sagte er, sein Monokel ins Auge klemmend.

„Soll geschehen, Botho. Adieu.“

„Adieu, Gitta.“

Sie ritt im schlanken Trabe davon, und Botho ging mit mißmutigem Gesicht ins Haus zurück.

Der alte Herr hielt sich ruhig verborgen. Botho und Gitta in die Geschichte ihres Oheims Fritz von Lossow eingeweiht.

Die Geschwister waren entsetzt über den Gedanken, mit diesen amerikanischen Verwandten in Verkehr treten zu sollen. Natürlich waren auch sie neidig erbaut von diesen Milbemerbern um Onkel Heriberts Erbe.

Gitta war obnedies sehr ärgerlich. Sie hatte Heinz Lindek zwar in Lemkow getroffen, aber dieser hatte behauptet, er habe noch in der Stadt zu tun, und war nicht mit ihr nach Hause zurückgeritten.

Botho aber war direkt außer sich. Auch er bewahrte sich sehr schaudernd gegen jede Gemeinschaft mit den Kindern der Wäscherin. Nun verstand er die gereizte Stimmung seiner Eltern nur zu gut.

Als er am nächsten Tage in Lemkow weilte, suchte er Onkel Heribert begreiflich zu machen, daß ein Offizier die Verpflichtung habe, derartigen Elementen aus dem Wege zu gehen.

Der alte Herr hielt sich ruhig reden; um seinen Mund spielte dabei jedoch ein sarkastisches Lächeln.

Am nächsten Tage fand das Gartenfest in Trassenfelde statt. Botho schnitt der Komtesse Trassenfelde auf Tod und Leben die Kur. In seinem überreichenen Selbstbewußtsein merkte er gar nicht, daß die lustige Komtesse ihn aufzog und sich heimlich über ihn amüsierte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200302-13/fragment/page=0005

Palästina 8,06 M., Berbera 10 M.; nach Algier 1,80 M., Marokko 1,90 M. bis 3,05 M.; nach dem Australischen Staatenbund 18,85 M.

** Ein Aufruf der Landwirtschaftskammer in der „Landwirtschaftlichen Wochenschrift" vom 28. Februar wendet sich nochmals an die Landwirte ihres Bezirks mit der dringenden Mahnung, den von ihnen übernommenen Viehablieferungen an den Feindbund auf jeden Widerstand zu verzichten, da ein solcher nur größere Härten und unter Umständen selbständige Eingriffe seitens unserer Feinde erklärlich würde. Im eigenen Interesse unserer Landwirtschaft erwartet die Kammer daher zuversichtlich, daß sich jeder einzelne der geschaffenen Lage, in der wir uns befinden, vollauf bewußt wird, und daß jeder wenigstens den guten Willen zeigt, den gestellten Forderungen, soweit es unsere derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse zulassen, gerecht zu werden versucht! Die Kammer gibt den Landwirten die Versicherung, daß von allen maßgebenden Stellen aus alles getan ist und auch weiter getan werden wird, um diese schweren, zwangsweisen Eingriffe, soweit es sich irgendwie ermöglichen läßt, in mildester Form im Interesse der Erhaltung unserer Viehzucht durchzuführen. Die Landwirte können vollauf versichert sein, daß die mit der Aufbringung des Viehes für den Feindbund betrauten Sachverständigen bei der großen Verantwortung, die sie somit übernommen haben, unseren Landwirten im Interesse unserer Viehzucht ein großes Opfer bringen und daher auch weitestgehendes Vertrauen verdienen.

** Stickstoffpreise und landwirtschaftliche Erzeugerpreise. In den letzten Sitzungen des Dünge-Stickstoff-Ausschusses wurde vom Stickstoff-Syndikat eine Erhöhung der Höchstpreise und Umlagen für Stickstoffdüngemittel beantragt. Das Reichswirtschaftsministerium hat ihr stattgegeben. Das Sulfo-Stickstoff wird sich für Verbraucher auf 10,75 bis 15 M je nach der Art des Düngemittels stellen. Dagegen können die bisher neben den Höchstpreisen erhobenen Sonderzuschläge in Wegfall. Die Vertreter der Landwirtschaft haben sich der Notwendigkeit der Stickstoff-Preiserhöhung nicht verschließen können. Sie machten jedoch zur Bedingung, daß die demnächst für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse festzusetzenden Höchstpreise der Steigerung der Produktionskosten im vollen Umfange Rechnung tragen. Zu diesem Zwecke wurde die Aufstellung von Indexziffern gefordert, über deren Aufstellung die Ermittelungen im Gange sind.

§ **Aus dem Kreise Merseburg.** 1. März. Der bisherige Kreiskommissionär in Getreidebewirtschaftung für den Bezirk 12 des Kreises Merseburg, Kommissionär Hentschel in Lauchstedt, ist wegen Unzuverlässigkeit seiner Tätigkeit vom heutigen Tage an enthoben. Mit der Führung dieses Amtes wurde die Firma Friedrich Lehmann in Lauchstedt beauftragt. Zum Bezirk 12 gehören die Gemeinden: Kötzaig, Benkendorf, Delitz a. B., Spiesleben, Passendorf, Rodendorf, Schleitau a. S., Angersdorf, Beuchlitz, Hohenweiden, Rentzkirchen und Gut Passendorf. — Nachstehende vom Kreistag des Kreises Merseburg in der Sitzung vom 4. Oktober v. Js. zu Amtsvorstehern gewählten und durch den Herrn Oberpräsidenten bestätigte Amtsvorsteher bezw. Stellvertreter haben die Amtsgeschäfte inzwischen übernommen: Amtsvorsteher Voigt in Großlehna im Amtsbezirk Altranstädt, Amtsvorsteher Kiane in Cunnewitz im Amtsbezirk Cursdorf, Amtsvorsteher Thieme in Wehlitz im Amtsbezirk Wehlitz, Amtsvorsteher-Stellvertreter Jeschke in Altscherbitz im Amtsbezirk Altscherbitz, Amtsvorsteher-Stellvertreter Sterzel in Beuno dorf im Amtsbezirk Frankleben, Amtsvorsteher-Stellvertreter Hermann in Passendorf im Amtsbezirk Halleben.

§ **Schafstädt,** 1. März. In der Stadtverordnetensitzung am Dienstag wurde der Beschluß angenommen, die Grundstücke der Gutsbesitzer Banse und Weidlich an der Eisleben Straße zu enteignen, da die Stadt kein Baugelände besitze, das zur Steuerung der Wohnungsnot unumgänglich nötig ist. — Für verheiratete Lehrer und Beamte wurden je 800 M Wirtschaftsbeihilfe bewilligt, unverheiratete erhalten 500 M., da die gute Finanzlage der Stadt dieses gestattet.

§ **Leuchstedt,** 1. März. Von den städtischen Anpflanzungen an der Provinzialstraße nach Schafstädt sind junge Obstbäume abgebrochen und gestohlen worden. Die Polizeiverwaltung zahlt bis 200 M Belohnung demjenigen, der den Schuldigen so bezeichnet, daß er zur Bestrafung gezogen werden kann. — Zu der Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln erinnert der Magistrat erneut an die noch ausstehenden Pflichtablieferungen. Die ablieferungspflichtigen Mengen an Getreide pp. und Kartoffeln sind den Säumigen mitgeteilt. Die Ablieferung hat an Fa. Lehmann zu erfolgen; sie soll erzwungen werden, soweit gültige Ermahnungen nicht zum Ziele führen. Zuwiderhandelnde haben außerdem gegebenenfalls hohe Geld- oder Gefängnisstrafe zu gewärtigen.

Mücheln und Umgegend.

1. März.

* **Querfurt,** 1. März. Weiden für kriegsbeschädigte Korbmacher. Durch das Reichsarbeitsministerium ist es gelungen, 150 Zentner weiße Weiden, geschält und sortiert, zu ungefähr 110 M für den Zentner, 1200 Zentner grüne Weiden zu ungefähr 12 M für den Zentner, 350 Zentner zweijährige grüne Weiden zu ungefähr 8 M den Zentner, 110 Zentner schmache weiße Stöcke zu ungefähr 50 M den Zentner und 55 Zentner starke weiße Stöcke zu zirka 25 M den Zentner zu bekommen. Die Weiden werden an die Provinzialblindenanstalt in Halle gesandt, bei der auch kriegsbeschädigte Korbmacher ihren Bedarf anzumelden haben. Die Lieferung der grünen Weiden wird sofort, die der weißen Weiden im Laufe des Winters und Frühlings erfolgen.

* **Querfurt,** 1. März. Den Gerichtsgefängnis wurden am Sonnabend 15 Personen überliefert, die bei dem gemeldeten Einbrüchen, Diebstählen, Schiebereien und Hehlereien beteiligt sind. — Die Nachfrage nach Ferkeln war am Sonnabend äußerst gering. Trotzdem blieben die Preise in stattlicher Höhe, so daß für das Paar zwischen 300—350 M bezahlt wurden. Angetrieben waren 8 Körbe, die indes zum größten Teil gefüllt wieder nach Hause kehrten.

Wetterwarte.

B. W. am 2. d.: Abwechselnd heiter und wolkig, etwas kühler, etwas Niederschläge in Schauern. — 3. d.: Wolkiges, zeitweise heiteres ziemlich mildes Wetter mit etwas Regen.

Institut Boltz Ilmenau i. Thür. Einjähr.-Prim., Abiturr. Prosp. frei.

Auskunftei- und Detektiv-Bureau. Bearbeite: Scheidungen, Geheime Sachen, Beobachtungen jeder Art diskret und gründlich. Heine Privat-Detektiv, Lauchstedt, Naumburger Str. 137

Geschirr fährt leer nach Leipzig. Spediteur Naumann, Hirschstraße.

Futterrüben abzugeben Albert Gautzsch, Bornerstr. 26 und Alte Post, Breite Str., Hof.

Gummiwaren Mutter-Spritzen, Frauen-Tropfen sanitäre Frauenartikel Anfrag. erbt. Versandhaus Heusinger Dresden 240. Am See 3.

Nähmaschinen werden schnell u. gut repariert bei L. Albrecht, Halleische Str. 19.

Jeden Posten Makulatur kauft auf Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Bildungsausschuß Alte sozialdemokratische Partei Merseburg. Freitag, d. 5. März, abends 7 Uhr im Tivoli-Theater Der Pfarrer von Kirchfeld. Volkstück in 4 Akten von L. Anzengruber. Eintrittspreis 1 Mk. Plätze werden verlost.

Beamtenhochschulkurse. Die Vorlesungen des Prof. Dr. Bremer über Nibelungenlied (Kurfürst) sollen am 2. und 9. 3 aus und finden dafür am 30. 3. und 6. 4. von 5,30—6,30 abends statt. Die Leitung.

Tivoli-Theater Merseburg. Direktion: A. Dechant. Dienstag, 2. März, abds. 1/8 Uhr Benefiz für Erwin Biegel. Der eingebildete Kranke. Lustspiel i. 3 Akt. n. Molière-Fulda. Donnerstag, 4. März, ab. 1/8 Uhr Auf vielseitiges Wunsch! Die Faschingsfee. Operette in 3 Akt. von Kalmann.

Umzüge nun und nach jedem Orte erledigt sachgemäß und billigst Spediteur Haluszczak Nulandstr. 8 (am Güterbahnhof).

Ballspiel-Verein „Hohenzollern". Dienstag, den 2. März 1920, von 6 Uhr ab Mitglieder-Kränzchen im „Casino". Der Vergnügungs-Ausschuß.

Deutsche demokratische Partei Ortsverein Merseburg. Dienstag, den 2. März, abends pünktlich 8 Uhr, findet im Saale des Gasthofs Zur grünen Linde die Monats-Versammlung statt. Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Parteitag. 2. Schlußfragen. 3. Verschiedenes. Gäste sind willkommen! Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand. Koerlin. Rößner.

Beethoven-Liederabend. Vielfachen Wünschen entsprechend, soll der Beethoven-Liederabend im Schloßgarten-Salon Donnerstag, den 4. März, abends 8 Uhr, wiederholt werden. Karten zu 2 Mk. und 1 Mk. im „Herzog Christian" von Montag, den 1. März an vorm. 10—12 und nachm. 2—6 Uhr. Die Leitung der Bildungsabende.

Gründlichen Klavier-Unterricht u. d. bestehen Dammschen Schule erteilt Otto Renner, Johannisstr. 12.

Wer erteilt im Violinespielen fortgeschrittenem jungen Mann Unterricht? Offerten an Adolf Assel, Kraussstr. 10

Suche für Schüler d. Mittelschule Unterricht im Geigenspielen. Offert. unt. 546 an die Exp. d. Bl.

Wäsche zum Plätten wird angenommen Frau Hoffmann, Merseburger Straße Nr. 2.

Handwerker Ein Wort! Warum haben Sie bei mir immer noch nicht Ihre Fachbücher bestellt? Seit Jahren scheue ich keine Kosten und mache Sie immer wieder darauf aufmerksam. Es gibt für Sie nichts Wichtigeres, nichts, was Ihnen mehr Vorteil brächte. — Lassen Sie sich deshalb sofort kostenlos meinen ausführlichen Katalog mit zahlreichen Abbildungen kommen. Schreiben Sie mir einfach eine Postkarte mit Angabe Ihres Berufes. Ich habe viele Tausend Kunden, erhalte fortgesetzt Anerkennungen. Warum fehlen Sie noch? Carl Hermann Ludwig, Breslau 23 547.

Persönlicher Einkauf in München ermöglicht es mir, Ende März oder Anfang April wieder wirklich gute u. moderne Lodenmäntel für Herren und Knaben zum Verkauf zu bringen. Ernst Rulffes, Entenplan 4. Fernruf 421.

Gotthardstr. 42 Tapeten verkauft E. Bernhardt Tapezierermeister u. Dekorateur 1. Etage

Prima Saatgerste Bethges II 2. Absaat Hanna 2. Absaat gegen Saatkarte abzugeben. Landwirtschaftl. Konsumverein E. G. m. b. H. Merseburg Weißenfelser Str. 13

Heinrich Lanz Mannheim Abteilung: Landwirtschaftl. Maschinen liefert in unerreichter Vollkommenheit Motor-Dreschmaschinen Strohpressen : Schrot- und Backmehlmühlen : Futterschneider Kleine landwirtschaftliche Maschinen aller Art. Generalvertreter: Schlienz & Becker :: Merseburg Büro Hälterstr. 34. Lager Nulandstr. 8.

Ich warne alte künstliche und zerbrochene Gebisse wegzuwerfen. Ich kaufe dieselben in Merseburg, „Hotel goldene Sonne". Nur 1 Tag bin ich hier und gahle für einen Zahn bis M. 10.— und höher; Gebisse bis M. 500.— Zahnärzte und Händler erhalten Vergütungspreise. Einkauf findet nur diesen Dienstag, den 2. März 1920, von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm. statt.

Gallensteine beseitigt schmerzlos innerhalb 24 Stunden unser Beugamit. Prospekte mit vielen Gutachten gratis Beumers & Co. Köln Salierring 53

Bei Gicht u. Rheumatismus Blutarmut, Appetitlosigkeit überhaupt bei allen Schwächen und Krankheiten des Blutes ist Dr. Schuberts Rhostikon sehr zu empfehlen. Zu haben in der Dom- u. Stadtapotheke zu Merseburg.

Ausschneiden! Aufbewahren! + Frauen + verlangen bei Störungen u. Unregelmässigk. sofort nur d. anerkannt vorzügl. Dr. Hoffmanns Menzalin. Bestbewährt u. empfohl. Garant. unschädlich. — Preis M. 8.— Versand diskret nur durch Dr. K. Hoffmann & Co., Berlin-Schöneberg B 132

Für unsere Volks- u. Lebensversicherung suchen wir für den hiesigen Bezirk rebegewandte, unbescholtene Herren (auch Damen), denen sich nach kurzer Probetätigkeit ein entwicklungsreiches Arbeitsfeld bei günst. Bezügen bietet. — Gefl. Offerten mit kurz. Lebenslauf unter L G 710 an Ala-Haasenstein & Vogler, Leipzig.

Anständig. Mädchen, 16 J. alt, 1 Jahr schneidern gelernt, sucht Stellung in besserem Haushalt. Offerten unter 537 an die Exped. d. Bl.

Sofort verdienen Sie täglich bis 100 M. durch Verkauf meines Massen-Schlagers von Haus zu Haus. Näheres in der Exp. d. Bl.

Händler! Hausierer! In wenigen Stunden viel Geld! Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ziegeleiarbeiter u. 1 Mann für das Bahnpferd werden angenommen. Ziegelei Amtshäuser 2.

Ziegelei-Arbeiter werden angenommen. Ziegelei Schmidt, Halleische Str.

Einen tüchtigen Zigarrenarbeiter oder Wickelmacherin sucht für dauernd bei gutem Material und Tariflohn. H. Fleischer, Spergau bei Corbetha.

Zuverl. Geschirrführer sofort gesucht Lauchstedter Straße 26.

Zuverlässiger Geschirrführer zu sofort und dauernd gesucht Paul Lüstendorf Holzhandlung, Weißenfels. Str.

Nachtwächter gesucht. Bevorzugt Kriegsbeschädigter. Angebote mit Lohnangabe unter Nr. 541 an die Exped. d. Bl.

Ein Kegelaufsteller sucht Bergschlößchen.

Schreiber-Lehrling (auch Fräulein) sucht Erlicke, Rechtsanwalt u. Notar.

Malerlehrling stellt Ostern 1920 ein B. Hübner, Malermeister Merseburg Neumarktstraße 7.

Suche für sofort Schneiderin ins Haus bei voller Kost. Wo, sagt die Exp. d. Bl.

Mädchen für leichte Lagerarbeiten suchen Thiele & Franke.

Zuverlässiges, kräftiges Mädchen für Küche und Haus bei hohem Lohn zum 1. 4. gesucht. Hotel Dammschloß.

Wegen Verheiratung meines Mädchens sucht zum 1. April ein zuverlässiges ordentliches Mädchen Frau E. Wirth, Halleische Straße Nr. 17.

Suche für meinen kleinen Haushalt anstellige Hausmädchen bei gutem Lohn. Frau R. Ostermaier, Kleine Ritterstraße 12.

Besseres, erfahrenes Mädchen bei hohem Lohn sofort od. später gesucht Steinkopf, Klosterstr. 2, I.

Aufwartung entl. entl. Schulmädchen für 1. 4. oder früher, für kleinen Haushalt (2 Personen) gesucht Lauchstedter Str. 31, part.

Jg. Mädch. als Aufwartung für vormittags gesucht Gotthardstr. 32, 1 Tr.

Ehrl. Aufwartung mit Verpflegung für den ganzen Tag gesucht Lindenstraße 19, part.

Ordentliche, ehrliche * Aufwartung * gesucht. Stiebrig, Gotthardstr. 32, pt.

Verloren rote Knabenmütze an der Schulstraße. Geg. gute Belohn. abzug. Günther, Gotthardstr. 13.

Ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden. Zu erfragen Sixtiberg 8.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200302-13/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 20 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 25 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 52 — Dienstag, den 2. März 1920 — 46. Jahrg.

Fehler des neuen Regimes?

In der Erörterung über den Fall Erzberger bemühen sich die Rechtsparteien mit großem Nachdruck, die von Anfang an in den Vordergrund gerückte Auffassung zu möglichst weitgehender Geltung zu bringen, daß solche Dinge, wie sie hier nach allgemeiner Auffassung zu Tage getreten seien, unter dem alten System einfach nicht möglich gewesen wären. Man versucht mit allen Mitteln, das neue Regime in den Augen der breiten Massen herabzusetzen, und scheint dabei die Gefahr nicht, daß man derartigen Kritikern des neuen Deutschland entgegenhält, wie falsch und unberechtigt eine solche einseitige Darstellung tatsächlich ist. Man braucht nur wenige Blätter jüngster Geschichte zurückzugehen, um in Hülle und Fülle auf Beweise deutlichster Art dafür zu stoßen, daß die weitaus größte Mehrzahl der Anklagen, die man gegen die jetzige Regierung und das gegenwärtige System richtet, auf Handlungen und Verhältnisse zurückgeht, die unter der früheren Regierung begangen und geschaffen wurden. Im Vordergrunde der öffentlichen Erörterung erscheint immer und immer wieder die Valutanot, aber nur wenige überlegen, daß diese Nöte nicht von der Republik geschaffen wurden, sondern der Erbschaft zu verdanken sind, die das neue System vom alten übernehmen mußte.

Erst vor wenigen Tagen hat einer der Führer des Reichsverbandes der deutschen Industrie festgestellt, daß die außerordentliche Vermehrung unserer Valutaschulden die Folge der Kurzsichtigkeit der alten Regierung ist, die während des Krieges die deutsche Industrie dazu zwang, alle durch das Ausland beziehbaren Rohstoffe nur teilweise in bar zu bezahlen, während die restlichen Beträge unter Garantie der Banken erst nach dem Friedensschluß beglichen werden sollten. Heute sieht die gegenwärtige Regierung allein aus diesem Grunde vor der ungeheuren Aufgabe, die so entstandenen gewaltigen Verpflichtungen einzulösen.

In der deutsch-nationalen Presse ist man außer sich vor Begeisterung darüber, daß wir gegenwärtig unter immer stärker werdenden Zusammenbruchserscheinungen leiden, aber man hütet sich wohl, zuzugeben, daß die Ursache dieser Erscheinungen ohne jede Ausnahme weit in die Vergangenheit zurückreichen. In derselben Presse agitiert man mit der Forderung, die jetzige Regierung durch eine andere zu ersetzen, aber man unterschlägt die Tatsache, daß eine Regierung der Rechten die Massen nicht nur nicht hinter sich, sondern in offener Feindschaft gegen sich haben würde. Wenn man auf der anderen Seite, im Lager der äußersten Linken, wiederum für eine radikal-orientierte Regierung eintritt, dann stellt man sich in schärfsten Gegensatz zu der „Freiheit", die soeben offen zugegeben hat, daß die revolutionäre Arbeiterschaft zur Zeit gar nicht die technische Möglichkeit hat, eine Regierung nach ihrem Sinne aufzubauen.

So oder so ergibt sich dannach, daß tatsächlich eine andere Regierung, als die auf Grund der Koalition der drei Mittelparteien gebildete, absolut unmöglich ist, und daraus wieder geht hervor, daß es Pflicht und Aufgabe aller wirklich Staatsgesinnten ist, allen kleinlichen Parteienstreit zurückzustellen und den großen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, die allein die Möglichkeit schaffen könnte, den endgültigen Zusammenbruch zu vermeiden, und Deutschland trotz alledem in zwölfter Stunde noch einen Ausweg aus der allerdings beinah schon aussichtslos erscheinenden gegenwärtigen Situation zu geben.

Nach dem Frieden.

Zustimmung der Alliierten zu dem „Probeverfahren" vor dem Reichsgericht.

Paris, 29. Febr. Das Reuterbüro meldet: Die Alliierten haben zugestimmt, daß einem deutschen Gerichtshof gestattet werde, eine Anzahl ausgewählter „Beschuldigter" als Probefälle abzuurteilen. Es wurde beschlossen, Deutschland eine Liste von 46 Namen zu übermitteln. Wenn die Probeverfahren in gehöriger Weise durchgeführt werden, so wird die Liste der 900 Namen von Beschuldigten möglicherweise drastisch vermindert werden.

Paris, 29. Febr. Die Botschafterkonferenz beschloß, den deutschen Schiffen das Anlaufen der türkischen Häfen zu untersagen. Sie ernannte ferner den Präsidenten der Kommission, die das deutsche rollende Material zu verteilen hat. Schließlich wurde der 1. März als Tag des Amtsantritts der internationalen Donaukommission bestimmt. Der Rat des Völkerbundes wird am 12. März zusammentreten, um die nach Rußland zu entsendende Untersuchungskommission zu bestimmen.

Aufforderung zur Meldung bei dem Oberreichsanwalt.

Leipzig, 1 März. Der Oberreichsanwalt in Leipzig ersucht durch Bekanntmachung auf Grund des Reichsgesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1919 alle diejenigen Herren, denen bekannt ist, daß ihre Namen auf der Auslieferungsliste stehen, ihm umgehend Aufenthaltsort und Wohnung anzuzeigen.

Die deutsche Antwort zur Note Lloyd Georges.

Berlin, 28. Febr. Nachdem der Ausschuß für Auswärtiges die Stellungnahme der Regierung in der Auslieferungsfrage und der Aburteilung der Deutschen durch das Reichsgericht gebilligt hat, wird die deutsche Antwort nunmehr in der kommenden Woche nach Paris gesandt werden. Soweit zuverlässige Informationen vorliegen, wird diese Antwort einige wesentliche Vorbehalte zur Note Lloyd Georges geltend machen.

Entwaffnung Deutschlands — Sicherung Frankreichs.

Paris, 29. Febr. Präsident Deschanel hat durch die „Morning Post" eine Botschaft an das englische Volk gerichtet, in der es heißt: Die unlösbare Vereinigung Frankreichs und Englands wird die Unabhängigkeit jedes europäischen Landes und die Ruhe der Welt in einem ewigen Frieden sichern. Frankreich und England sind zusammen befähigt, die logische Folge aus dem Kriege zu ziehen, d. h. die Entwaffnung Deutschlands, die Aufrichtung eines mit den nötigen Hilfsmaßnahmen versehenen Völkerbundes und die Sicherung Frankreichs, dessen Interesse und Traditionen überall respektiert werden müssen.

Neueste Nachrichten.

Die traurige Ernährung in Deutschland.

London, 1. März. (T.-U.) Die am Sonnabend stattgefundenen Beratungen des Obersten Rates haben ein überaus trauriges Bild von der Ernährungslage in Deutschland gegeben. Die angestellten Ermittelungen ergaben, daß Deutschland weniger als die Hälfte der Menge Ernährungskalorien erhält, die von dem Obersten Wirtschaftsrat als unerläßlich für die menschliche Ernährung bezeichnet worden sind. Die Stellen des Obersten Rates, die über die Preissteigerung und Wechselkurse beraten, stellten fest, daß die Engrospreise in Frankreich um 300 Prozent, in Italien um über 300, in Großbritannien um 170, in Japan um 100 und in Amerika um 360 Prozent gestiegen sind.

Rücktritt des Finanzministers Südekum.

Berlin, 1. März. (T.-U.) Wie die „N. B. Ztg." von unterrichteter Stelle erfährt, kann der Rücktritt des preußischen Finanzministers Südekum als gesichert gelten. Für den Rücktritt spricht der Umstand, daß nach Angaben des Reichsvertreters des ehemaligen Königs und Kaisers die Vorlage über die Abfindung der Hohenzollern vom Finanzministerium ausgearbeitet, vom Staatsministerium angenommen und auch von der Krone anerkannt worden ist. Die Krone hat in keinem einzigen Punkte des Vergleichsvorschlags Widerstand geleistet, sondern alles unterschrieben, was man ihr vorgeschlagen hat.

Demonstrationen in Straßburg und Mülhausen.

Straßburg, 1. März. (T.-U.) Anläßlich der Tagung der französischen Sozialisten in Straßburg haben in Straßburg und Mülhausen Kundgebungen der Arbeiterschaft für die sozialistische Internationale und gegen das französische Regime und die Militärherrschaft stattgefunden. Aus ausdrücklichen Befehl des Generalkommissariats bewahrten die Truppen Zurückhaltung, doch ist das Militär alarmbereit für den Fall weiterer Demonstrationen.

Urteil im Massenkrawallprozeß in Landsberg.

Landsberg, 1. März. (T.-U.) Nach viertägiger Dauer ging am Sonnabend der große Massenkrawallprozeß vor dem hiesigen Landgericht zu Ende. Der Prozeß beschäftigte sich mit den Bärwalder Unruhen am 1. Juli vorigen Jahres. Angeklagt waren 52 Personen. Das Gericht verurteilte 15 Angeklagte zu 1 Monat bis 1 Jahr drei Monaten Zuchthaus wegen schweren Landfriedensbruch, 5 Angeklagte wegen einfachen Landfriedensbruch zu 1 bis 6 Monaten Gefängnis, 11 Personen wegen Diebstahls zu 2 Tagen bis 2 Wochen Gefängnis, 6 Personen wegen Hehlerei zu 3 Tagen bis 2 Monaten Gefängnis, 1 Angeklagten wegen Unterschlagung zu 7 Monaten Gefängnis, sieben Personen wurden freigesprochen.

Die Streiklage in Frankreich.

Paris, 1. März. (Priv.-Telegr.) Die Zahl der Streikenden ist auf verschiedenen Eisenbahnlinien zurückgegangen. Zwischenfälle hat es während des Sonntags nicht gegeben. Verschiedene Nachrichten aus dem Lande lassen erkennen, daß der Aufforderung zum Generalstreik sehr wenig nachgekommen wird. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist an einzelnen Orten sehr stark. So erklärten die Glasarbeiter von Brest, an dem Generalstreik nicht teilzunehmen. Die Arsenalarbeiter lehnen jede Solidarität mit den Eisenbahnern ab. Auf der Ostbahn ist die Arbeiterschaft ruhig. In Nantes hat der größte Teil der Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Auch in Montauban hat sich der Streik weiter ausgedehnt.

„Kulturtaten" der Belgier.

Frankfurt a. M., (T.-U.) Das Sommerhaus des kürzlich verstorbenen Malers Prof. Klaus Meyer in Caloar am Niederrhein war bisher durch Truppen eines belgischen Kommandos besetzt, die jetzt von dort nach Elsne versetzt worden sind. Die Untersuchung des Hauses hat gezeigt, daß die Kunstschätze entweder mitgenommen oder in elelhafter Weise beschmutzt worden sind. Der Schaden wird auf mindestens 200 000 M geschätzt.

Unruhen in Italien.

Lugano, 1. März. (T.-U.) In Italien haben in verschiedenen Städten die Arbeiter die Fabriken besetzt und in eigene Verwaltung genommen. Unter den Landarbeitern macht sich eine ähnliche Bewegung geltend.

Ausstand englischer Stahlarbeiter.

London, 1. März. (Priv.-Telegr.) Die Stahlarbeiter in Südwales haben am Sonnabend beschlossen, in den Ausstand zu treten, um eine 40 prozentige Lohnerhöhung zu erzwingen. Von dem Streik werden 16 000 Arbeiter berührt.

Auflösung des japanischen Parlaments.

Tokio, 1. März. (Priv.-Telegr.) Die Debatte über das allgemeine Stimmrecht, die die Kammer am 14. Februar unterbrochen hatte, wurde unter lebhafter Bewegung wieder aufgenommen. In der Nähe des Parlaments fanden große Kundgebungen des Volkes statt. Die Debatte wurde schließlich durch den Ministerpräsidenten abgebrochen, der erklärte, in dieser wichtigen Frage das Volk unmittelbar befragen zu müssen. Die Kammer wurde hierauf aufgelöst.

Neue deutsche Protestnote gegen das berüchtigte „Joch im Westen".

Berlin, 29. Febr. Wegen des Joches im Westen ist nunmehr eine erneute deutsche Protestnote durch die deutsche Friedensdelegation an die Gesamtheit der alliierten und assoziierten Regierungen dringlich gerichtet worden. Darin wird auf die Tatsache hingewiesen, daß infolge des unbeaufsichtigten Warenverkehrs über die weitliche Grenze Deutschlands unmäßige Mengen von großen Mengen gegen Zahlung in Mark in Deutschland eingeführt werden, während die unentbehrlichen Bedürfnisse Deutschlands an Lebensmitteln und Kleidung mangels Devisen nicht gedeckt werden können. Durch die damit verbundene Zerrüttung unserer Valuta wird nicht allein Deutschland, sondern es werden beträchtlich auch die Länder geschädigt, denen Deutschland Leistungen aus dem Friedensvertrage schuldet. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands wird mit dem Sinken der deutschen Währung und mit der Unmöglichkeit, durch eine genügende Ernährung und Bekleidung die Arbeitskräfte der Bevölkerung zu heben, immer geringer. Solche Güter, deren Deutschland dringend bedarf, werden ausgeführt und dagegen zum großen Teil entbehrliche Waren eingeführt, wobei die deutsche Regierung verhindert wird, dagegen einzuschreiten. Bei dem Besuch der Reichsregierung im westlichen Industriegebiet wiederholten sich die Vorgänge immer wieder aufs neue, daß es wegen des Sinkens der deutschen Währung nicht gelingt, Lebensmittel und Bekleidung zu erträglichen Preisen ins Land zu bringen, um die Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung zu steigern. Die Note faßt es dahingestellt sein, ob die Aufhebung der betreffenden deutschen Vorschriften berechtigt war. Jedenfalls findet sich auch im Friedensvertrag keine Bestimmung, die die Aufrechterhaltung dieser folgenschweren Zustände rechtfertigen würde. Die deutsche Regierung erklärt sich wiederholt gern bereit, den wirtschaftlichen Bedürfnissen Frankreichs und Belgiens gerecht zu werden.

Französische Kohlenansprüche.

Berlin 28. Febr. Die Franzosen werden in den Verhandlungen über die Kohlenlieferungen in den nächsten Tagen das Recht für sich in Anspruch nehmen, die nach Maßgabe des Friedensvertrages zu liefernden Kohlenmengen nicht mehr an der Landesgrenze, sondern unmittelbar an den Gruben abholen zu hören. Ferner erheben sie dem „Lok.-Anz." zufolge den Anspruch, daß alle auf die Halden gestürzten Kohlen ihnen gehören.

Die deutschen Industriellen gegen die Schiffsauslieferung.

Berlin, 29. Febr. In der Hauptvorstandssitzung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wurde einmütig eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

Die Auslieferung auch der letzten Schiffe deutscher Flagge muß für unser am Boden liegendes Wirtschaftsleben der Todesstoß und für unser Volk das Hereinbrechen der drohenden Hungersnot bedeuten. Der „Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" richtet daher an die Reichsregierung und die Deutsche Nationalversammlung die dringende Bitte, mit äußerstem Nachdruck bei den Verhandlungen darauf hinzuwirken, daß der Rest unserer Handelsflotte als unerläßliches Mittel für die Erfüllung der drückenden finanziellen und wirtschaftlichen Friedensbedingungen uns erhalten bleibt.

Einigung in der Vereinheitlichung der Eisenbahnen.

Karlsruhe, 29. Febr Die Verhandlungen der Länder mit Staatsbahnbesitz wegen des Überganges der Staatseisenbahnen in das Reich zum 1. April 1920 haben in den letzten Tagen zu einer Einigung über die Fassung des Vertragsentwurfs geführt. In der Frage der Festsetzung der Abfindungssumme sähe der Vertragsentwurf den Ländern eine gewisse Wahl. Sobald der Wortlaut des Vertragsentwurfs vorliegt, was in diesen Tagen der Fall sein wird, geht er dem Landtage zu. Gleichzeitig soll nochmals der Eisenbahnrat gehört werden. Der Vertrag kann nur in Kraft treten, wenn er durch Gesetze des Reiches und der beteiligten Länder genehmigt wird.

Der französische Sozialisten-Kongreß gegen den Versailler Frieden.

Straßburg, 29. Febr. Der französische Sozialisten-Kongreß nahm eine Entschließung gegen den Versailler Vertrag an, den man als den Anfang für einen neuen Weltkrieg bezeichnete. Die Mehrheit der sozialistischen Delegierten stimmte für die sofortige Aufhebung der Verträge von Versailles und St. Germain und für die Einberufung einer Völkerinternationale.

Die Ausrottung des Deutschtums in Ostafrika.

Berlin, 29. Febr. Die in letzter Zeit verbreiteten Pressemeldungen über die restlose Ausrottung allen Deutschtums in Ostafrika sind nach neueren im Reichskolonial-Ministerium vorliegenden Nachrichten in dieser Weise nicht zutreffend. Die englische Regierung hat als Mandatarstaat zwar am 27. Januar 1920 in Dar es Salam eine Proklamation erlassen, wonach bis zum 31. März 1920 alle feindlichen Untertanen die Kolonie zu verlassen haben. Gleichzeitig ist aber bestimmt, daß Aufenthalts-Erlaubnisscheine erteilt werden können. Gesuche um solche sind schriftlich an die englische Regierung zu richten.

Der Friedensvertrag mit Bulgarien.

Rotterdam, 29. Febr. Laut „Nieuwe Rotterdam'sche Courant" teilte Lloyd George mit, daß der Friedensvertrag mit Bulgarien nächste Woche dem Unterhaus vorgelegt werden soll.

Um die Unabhängigkeit Syriens.

Haag, 29. Febr. Die „Morning Post" berichtet, daß sich die Unabhängigkeitsbewegung in Syrien ständig mehr ausbreitet. Damaskus ist durch einen der einflußreichsten Führer mit [illegible] erklärte in einem Interview, [illegible] abhängigkeit zugestehe, so [illegible] das ganze Volk zu den

[illegible] s vor Konstantinopel.

[illegible] den aus Konstantinopel: [illegible] Charakter einer militär[illegible] schwader wird in das [illegible] der Bekanntgabe des Be[illegible] tinopel bauern die Un[illegible] g in Cerakeq fordert die [illegible] einen Angriff gegen die

[illegible] sangebot Sowjet[illegible]

Das Staatsdepartement [illegible] das Friedensangebot der

[illegible] bieten.

[illegible] berschlesien.

[illegible] f die sich von Tag zu Tag [illegible] Arbeiterschaft sind in den [illegible] pventransporte im [illegible] uppen sind vom Rhein her [illegible] g der französischen Trup[illegible] allein ihre Anwesenheit, [illegible] pflanzten Bajonett durch [illegible] erlegenen Anordnungen [illegible] deutsche uniformierte Be[illegible] der Bürgerschaft die Be[illegible] fischer Offiziere verbietet, [illegible] Verhalten der Fremden [illegible] ernsten Zwischen[illegible] Fällen und tätlichen Angriffen kommt. Insolgedessen haben die Franzosen die ursprüngliche Absicht, jede Stadt und jedes Dorf mit einem kleinen Kommando zu belegen, aufgegeben und die Truppen konsigniert.

Der Regierungssitz Oppeln startet von Militär und bildet ein großes Heerlager. Im Industriegebiet liegen die Truppen meist außerhalb der Städte und die französischen Batterien sind derart in Stellung gebracht worden, daß sie die Gruben und die Stadtzugänge beherrschen. Diese Maßnahmen haben aber besonders auch auf die polnisch sprechende Arbeiterschaft überaus ungünstig gewirkt. Die Erregung ist weiter gestiegen und als bedrohlich zu bezeichnen. Hinzu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200302-13/fragment/page=0007